№ 23. Freitag, den 28. Januar 1887.

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.
Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10, und bei den Depots 2 Rm., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 Mk. 50. Pf.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Insertionsgebühr
die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 Pf
Inseraten-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10. Heinrich Netz, Coppernicusstraße.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Fuhrich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung Neumark: J. Köpke. Graudenz: Gustav Röthe. Lautenburg: M. Jung. Gollub: Stadtkämmerer Austen.

Redaktion und Expedition: Brückenstraße 10.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Hasenstein u. Vogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. L. Daube u. Co. und sämmtliche Filialen dieser Firma Kassel, Coblenz und Nürnberg ꝛc.

Deutsches Reich.

Berlin, 27. Januar.

Der Kaiser erledigte gestern Vormittag zunächst Regierungsangelegenheiten, nahm den Vortrag des Grafen Perponcher entgegen und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Wirkl. Geh. Rath von Wilmowski. — Heute Abend findet bei den Majestäten Cour und nach derselben im Weißen Saale Konzert statt. — Nachmittags unternahm der Kaiser gestern wieder eine Spazierfahrt.

— Der Minister des Innern hat bezüglich der Stichwahlen zum Reichstage bestimmt, daß, Ausnahmen vorbehalten, die Termine für die engeren Wahlen auf den fünften Tag nach Ermittelung des Ergebnisses der ersten Wahl, der Termin für die Nachwahlen spätestens auf den elften Tag nach dem Tage, an welchem die Nothwendigkeit der Nachwahl sich ergiebt, festzusetzen sind. Die Wahlen finden am 21. Februar statt, die Ermittelung des Wahlergebnisses also am 25. Februar. Nach der Anordnung des Ministers von Puttkamer würden also die Stichwahlen in der Mehrzahl schon am 2. März stattfinden und die Ermittelung des Ergebnisses derselben am 6. März erfolgen. Der früheste Termin für den Zusammentritt des neuen Reichstags würde demnach, vorausgesetzt, daß die Regierung die Beendigung der Wahlen, zu denen doch auch die Stichwahlen gehören, abwartet, der 8. März sein.

— Der Bundesrath hat Dienstag ein Pferdeausfuhrverbot beschlossen; die bezügliche kaiserliche Verordnung ist, wie gestern telegraphisch mitgetheilt, bereits publizirt worden. Das Verbot, so wird offiziös geschrieben, hat keine drohende Bedeutung; es beweist nur, daß hier an maßgebender Stelle die Lage ernst angesehen wird. „Daß es sich aber nur um eine Schutz- und nicht um eine Angriffsmaßregel handelt, liegt auf der Hand; in dieser Hinsicht kann nur an die ähnliche Lage im Jahre 1878 erinnert werden, in der Deutschland zum Schutze seines Pferdebestandes ein Pferdeausfuhrverbot erließ, ohne daß sich daraus irgend eine Friedensstörung ergab." Gemeint ist hier das am 7. Juli 1877 bei Ausbruch des russisch-türkischen Kriegs erlassene Verbot. Von derselben offiziösen Seite wird geschrieben: „Erfreulich ist die immer deutlicher in die Erscheinung tretende Aufhellung des Gewitterhimmels im Osten." Was soll man zu solchen Widersprüchen sagen? Unklar wären sie, wenn bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht das Septennat als Wahlparole Seitens der Offiziösen ausgegeben wäre. Da wird heute „Kriegsgeschei" erhoben, um morgen „die Friedenspfeife" so stark wie möglich zu dampfen. Zur Beleuchtung, in welcher Weise von gewisser Seite zu leicht erkennbaren Zwecken mit der Trommel gerührt wird, mag noch die folgende ergötzliche Geschichte dienen. Vor einigen Tagen brachte ein hiesiges öffiziöses Blatt ausführliche Mittheilung von einer Rede, welche der dänische Kriegsminister Oberst Bahnsen jüngst gehalten haben sollte. Die Rede strotzte von Deutschenhaß und gipfelte in der Hoffnung, daß Dänemark bald mit den Waffen in der Hand Schleswig-Holstein wiedergewinnen werde. Jetzt meldet ein Telegramm aus Kopenhagen: „Die in auswärtigen Zeitungen enthaltene Rede des jetzigen Kriegsministers Oberst Bahnsen hat derselbe vor zwanzig Jahren als junger Hauptmann gehalten." Wir meinen, die Absicht der Konservativen liegt klar zu Tage.

— In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses stellte zwar Abg. Hammacher als Referent für den Etat der Staatsschuldenverwaltung eine lange Reihe von Fragen bezüglich der Zinsherabsetzungen; aber die Antwort blieb aus, da der Finanzminister durch Abwesenheit glänzte. Aus den bisherigen Verhandlungen der Kommission ist nicht ersichtlich, zu welchem Zwecke ein erheblicher Theil des Etats überhaupt zur kommissarischen Verhandlung gestellt worden ist.

— In tiefster Entrüstung entnimmt die „Kreuzzeitung" einen Bericht der „Voss. Ztg." über die freisinnige Versammlung in Stettin, in welcher der bisherige Abgeordnete wieder aufgestellt wurde, eine Aeußerung des Herrn Dr. Dohrn, „daß gerade die Nationalliberalen in der Provinz (Pommern), wie er zu seiner Freude aus verschiedenen Kundgebungen habe entnehmen können, nicht gesonnen seien, daß von den Heidelbergern mit den Konservativen abgeschlossene Bündniß für sich anzuerkennen, daß sie im Gegentheil fest entschlossen seien, das Wort liberal im Namen ihrer Partei bei den Wahlen voll zur Geltung zu bringen. So habe sich in Greifswald-Grimmen ein alter nationalliberaler Parlamentarier gerade jetzt gegen den konservativen Kandidaten (Grafen Behr-Behrenshoff) wieder aufstellen lassen." Diese Mittheilung, fügt die „Kreuzzeitung" zähneknirschend hinzu, stimmt genau mit einzelnen uns zugegangenen Nachrichten.

— Die Nationalliberalen in Siegen haben die Absicht, ihrem bisherigen Vertreter Stöcker einen eigenen Kandidaten gegenüber zu stellen, aufgegeben. Nicht erst in der Stichwahl, sondern schon im ersten Wahlgange stimmen diese Nationalliberalen für den Hofprediger Stöcker. So kommt das konservativ nationalliberale Wahlkartell zu Ehren und Stöcker triumphirt wieder mal mit Hülfe der Nationalliberalen.

— Die Marineverwaltung hat in diesem Jahre auf eine vermehrte Einstellung von Vierjährig-Freiwilligen Bedacht genommen. Wie das „Frankf. Journ." hört, werden am 1. Februar in Kiel 200 Wehrpflichtige dieser Kategorie zur Einstellung gelangen.

— Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, sind am Montag die sämmtlichen in voriger Woche abgeurtheilten Sozialdemokraten und noch elf ihrer Gesinnungsgenossen, im Ganzen also etwa 50 Mann, auf Grund des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen worden.

— Der Prozeß gegen den früheren Hauptmann v. Schleinitz wird, dem kriegsgerichtlichen Verfahren gemäß, derartig geheim geführt, daß einstweilen davon nur wenige Nachrichten in die Oeffentlichkeit gelangen. Aus angeblicher sicherster Quelle berichtet eine Berliner Korrespondenz, daß die Aburtheilung des Angeklagten schon in den nächsten Wochen und vielleicht noch im Monat Januar bevorsteht. Die Akten gehen dann an das General-Auditoriat und werden schließlich dem Kaiser vorgelegt, der als oberster Kriegsherr das Urtheil erst bestätigen muß, bevor es Rechtskraft erlangt. Darüber vergeht in der Regel ein voller Monat, und auch der Angeklagte bleibt, bevor nicht der kriegsgerichtliche Spruch die kaiserliche Sanktion erhalten hat, über sein Geschick im Ungewissen.

— Bei der Generaldebatte im Abgeordnetenhause über den Staatshaushaltsetat pro 1887/88 wurde von dem Abgeordneten Meyer (Breslau) darauf hingewiesen, daß der ungünstige Zustand der preußischen Finanzen nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen sei, daß die Regierung die Reform der Zuckersteuer nicht rechtzeitig in Angriff genommen habe, wiewohl von liberaler Seite schon seit wenigstens zehn Jahren auf den unaufhaltsamen Verfall derselben aufmerksam gemacht worden war. Wie treffend diese Behauptung ist, läßt sich aus folgenden Angaben erkennen: Nach den bei der Berathung der Zuckersteuernovelle dem Reichstage vorgelegten Material haben in den Jahren 1871/72 bis 1877/78, bis wohin noch ein annähernd richtiges Verhältniß zwischen der Steuer und der Exportvergütung bestand, die Zuckerabgaben (Zuckerzoll und Inlandssteuer zusammen) durchschnittlich einen Nettoertrag von 48 bis 50 Millonen Mark gebracht. Danach hätten bei Berüsichtigung der Bevölkerungszunahme und der Konsumvermehrung in den Jahren 1882/83 bis 1886/87 durchschnittlich mindestens 60 Mill. auskommen müssen. In Wirklichkeit sind der Reichskasse aber nur zugeflossen 1882/83 47, 1883/84 39, 1884/5 34 und 1885/86 19 Millionen Mark, welcher Betrag im laufenden Jahre 1886/87 noch kaum erreicht werden wird. Allein für die letzten 5 Jahre berechnet sich hiernach der Einahmeausfall bei der Zuckersteuer, welcher bei rechtzeitigem Einschreiten der Regierung sich hätte verhüten lassen, auf nicht weniger als 142 Millionen Mark, ein Betrag, der völlig ausreichend gewesen wäre, die stattgehabte stetige Steigerung der Matrikularbeiträge und somit auch das schon fast chronisch gewordene Defizit im preußischen Staatshaushalt vermeidbar zu machen. Wenn die der Reichskasse entgangenen großen Summen nun noch wenigstens in den Taschen der inländischen Zuckerkonsumenten geblieben wären! Dies ist aber nur zum geringen Theil der Fall; in der Hauptsache haben dieselben nur dazu gedient, den Engländern auf Kosten der deutschen Steuerzahler billigen Zucker zu verschaffen. Unbestritten steht die Thatsache fest, daß die Regierung für den zur Ausfuhr gelangten Zucker eine größere Bonifikation (Vergütigung) gewährt, als sie bei

Feuilleton.

Die Erbin von Wallersbrunn.

Original-Roman von Marie Romany.

21.) (Fortsetzung.)

Dem jungen Ehemann schien dieses Thema nicht recht willkommen zu sein. Er schlang seinen Arm fester um des jungen Weibes Hüfte und, sich mit einer Schmeichelrede zu ihr beugend, hauchte er den ersten Kuß auf ihre Stirn.

Cecilia erglühte in Verwirrung. Sie schaute ein paar Sekunden zum Firmamente hinauf und meinte dann wie vordem: „Bei mir fanden sich drei Briefe und ein goldener Ring. Man bewahrte sie und gab sie mir heute. Aber der Ring ist ohne Namen und es ist unmöglich, etwas Verständliches in den Zeilen der Briefe zu finden."

Sie hatte die Gegenstände aus der Tasche gezogen und überlieferte sie ihrem Manne. Mitleidig betrachtete Paolo diese Erinnerungen an treulose Elternliebe, durch welche einst das Weib, das er so glühend verehrte, mit Schande in die Welt geschickt ward. Es war ein Trauring, massiv aus hellem Gold geschlagen, der nur Datum und Jahreszahl zeigte; die Briefe von denen nur einer in italienischer, die anderen in deutscher Sprache abgefaßt waren und deren jeder eine andere Handschrift erkennen ließ, waren längst vergilbt und stellenweise zerrissen, wodurch ihre Enträthselung um so schwieriger ward.

Paolo lächeite mitleidsvoll. Sie waren ihm peinlich, diese Erinnerungen an Zeiten, über die ja längst der Schleier der Vergangenheit gezogen. Zu was überhaupt konnten sie nütze sein? Cecilia war sein junges Weib und er lobte das Schicksal, daß er sie gefunden, er pries den Himmel, der in seiner Gnade sie ihm zu eigen gab. Wieder schlang er seinen Arm um ihre Taille und zog sie an sich; es lag ein stilles Dankgebet in dem Leuchten seines Blicks, als er zum Firmament hinauf sah.

Auch Cecilia, obgleich verwirrt durch ein Verhältniß, das ihr so durchaus fremd war, richtete dankerfüllt ihr Auge zum Himmel empor. Das junge Weib verlor sich in Gedanken. — War es ein Traum kommender Glückseligkeit, was ihre Miene beseelte? ging ein Ahnen von trauter Heimath und Liebe in ihrem vereinsamten Herzen auf?

X

Paolo Barlo entstammte einer Patrizierfamilie Roms. Sein Großvater, ein reicher Kaufherr, der in der Nähe der ewigen Stadt große Besitzungen hatte, gehörte einstmals zu den hervorragendsten Mitgliedern des Parlaments; doch unglückliche Spekulationen rüttelten an dem Fundamente seines Reichthums; Giovanni Barlo's Firma quittirte, die Besitzungen wurden beschlagnahmt, er selbst mußte seinen Rücktritt nehmen aus den Reihen der Deputirten, verarmte vollends, was seinen frühzeitigen Tod herbeiführte und seine Familie einem nie gekannetn Elend in die Arme zog. Als Gehilfe eines simplen Handelsmannes reifte Paolo's Vater heran; auch jedes Bemühen, sich zu irgend einer Selbstständigkeit zu erheben, erwies sich als fruchtlos; dazu kam, daß ein körperliches Leiden ihn für das Leben untauglich werden ließ und so durfte man es beinahe für sein Glück ansehen, als er nach fünfjähriger Ehe, die ihm nur einen Sohn geschenkt hatte, in die Ewigkeit ging.

Paolo's Mutter zog den Knaben heran. Sie hatte nie des Lebens Freuden kennen gelernt, die Arme! Als die Tochter eines Dorflehrers geboren, war stete Arbeit und in früher Jugend schon die Sorge um die Last des Daseins ihr Loos. Auch die Zeit ihrer Ehe war kummervoll. Wohl hatte innige Liebe einst die Gatten verbunden; aber die Krankheit des Mannes, die nicht selten Noth herbeiführte, drückte dem Glück ihrer Vereinigung ein zerbrochenes Siegel auf.

Als Paolo vierzehn Jahre zählte, wurde er, da eben die Gelegenheit es so mit sich brachte, einem Zimmermeister zur Erlernung des Handwerks vertraut. Mit gewissenhaftem Eifer pries der Lehrherr den Fleiß und die Tüchtigkeit des Knaben; er war ihm sogar behilflich, mit schnellen Schritten aufwärts zu steigen, und daher kam es, daß Paolo, als er kaum sein zwanzigstes Jahr erreichte, als Meister seines Handwerks anerkannt ward. Ein Jahr früher eilte seine Mutter ihrem Gatten in das Jenseits nach.

Paolo stand nun vereinsamt da. Wohl existirten Verwandte; aber die Verwandtschaft, wie bekannt, hört auf in diesem Leben, wenn die Verhältnisse hier und dort nicht gleichberechtigend sind.

Paolo Barlo war ein charmanter junger Mann. Seine Erscheinung, seine einnehmenden Manieren gewannen ihm die Zuneigung eines Jeden, der mit ihm in Berührung kam. Höheren Werth jedoch hatten die Eigenschaften, die sein Inneres zierten; Paolo, ob er gleich einem Handwerk diente, verleugnete nach keiner Richtung, daß Patrizierblut, das noble Blut der Barlo's in seinen Adern rann.

Als Paolo kaum ein Jahr Meister seines Berufs war, traf es sich, daß er zum Ausbessern zerrissenen Mauerwerks in das Findelhaus beschieden ward. Durch seine eigenen Worte ist uns bekannt, wie er sich in Cecilia verliebte. Und seine Liebe war innig, glühend die Verehrung für das Ideal, welches er in der blassen Schönheit des ihm unbekannten Zöglings der Anstalt verkörpert sah. Mit banger Sehnsucht harrte er des Tages, an welchem man die Mädchen für die Ehe hergab; er fand Cecilia, gewann sie; und wenn, nachdem er sie in sein Haus geführt, an seinem Glück noch etwas fehlte, so war es die Gegenliebe der Gattin, ohne die, seiner Anschauung gemäß, seine eigene Empfindung verloren war.

Doch sein Vertrauen blieb. Der junge Schwärmer liebte ja so innig. Und sie, Cecilia, verhehlte ja nicht, daß eine Seele voll Weichheit und Wärme in ihr lebte, daß

Herstellung desselben im Inlande als Steuer erhebt. Daher auch der Widerstand gegen jede Veränderung des Zuckersteuergesetzes.

— Der Erlaß einer Proklamation des Kaisers zu den Reichstagswahlen steht angeblich nahe bevor, so wird uns gemeldet, wir können dieser Nachricht aber so lange keinen Glauben schenken, bis wir die Proklamation schwarz und weiß vor uns sehen werden.

— Neben dem Melinit welcher Sprengstoff augenblicklich in Frankreich als das vorzüglichste Vernichtungsmittel gepriesen wird, und dem neuen Sprengstoff, mit welchem bei uns in den letzten Monaten sehr gelungene Versuche gemacht sein sollen, wird jetzt noch ein dritter Sprengstoff, das von einem hiesigen Chemiker — der Name soll Dr. Root sein — erfundene Roburit viel genannt und als ganz vorzügliches Sprengmaterial empfohlen. Es sollen mit diesem ganz neuen Sprengstoff Versuche in einigen westphälischen Kohlengruben gemacht worden sein und ganz ausgezeichnete Resultate ergeben haben, und das neue Sprengmittel soll sich ganz besonders dadurch empfehlen, daß es sich weder durch Reibung noch durch Stoß entzünden läßt und sein Transport also ziemlich gefahrlos ist. Ein Hinderniß für die ausgedehnte Anwendung des Roburits in der bergmännischen Technik ist bis jetzt noch sein sehr hoher Preis und auch eine gewisse Empfindlichkeit gegen Feuchtigkeit. Letzteres würde sich wohl durch die Art der Verpackung überwinden lassen, der hohe Preis wird sicherlich, falls eine ausgedehntere Anwendung eine Herstellung im Großen verlangt, herabgehen, immerhin aber auch wohl außerdem kein Hinderniß für seine Anwendung zu militärischen Zweck n sein.

München, 26. Januar. Die Neuesten Nachrichten erfahren aus unantastbarer (?) Quelle, der Reichskanzler besitze eine sehr entschiedene Aeußerung des Papstes über die Stellung des Zentrums in den gegenwärtigen Fragen, die entscheidend für die Stellung der Katholiken im Wahlkampf werden und den katholischen Klerus von der Wahlagitation fernhalten und aus den Reihen der Opposition drängen werde. Das Zentrum werde sich entscheiden müssen, ob es dem Papst oder Windthorst fernerhin folgen wolle. Die päpstliche Kundgebung sei so deutlich, daß Ungehorsam direkte Unbotmäßigkeit gegen den Papst bedeuten würde. Fürst Bismarck werde die Kundgebung im geeigneten Moment veröffentlichen. (Das ist auch eine solche Nachricht, die man nicht früher glaubt, bis man sie gesehen. Anm. d. Red.)

Ausland.

Kopenhagen, 26. Januar. Das am 28. d. M. neu zu wählende Folkething wird durch einen offenen Brief des Königs auf den 1. Februar d. J. einberufen.

Konstantinopel, 26. Januar. Die Pforte soll die Denkschrift, in welcher Zankow auch ihr seine gestern mitgetheilten Vorschläge unterbreitet hat, als eine geeignete Unterlage betrachten für ihre Verhandlung mit der bulgarischen Abordnung, die am 29. ds. in Konstantinopel erwartet wird. Die bulgarische Regierung scheint einige dieser Vorschläge annehmen, anderen widersprechen zu wollen und dürfte z. B. die Zankowisten zum Ministerium zulassen, aber nicht zum Ministerium des Innern, und nicht Zankow persönlich. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Mächte vertraulich behufs Gleichartigkeit ihrer Weisungen für die Botschafter in Konstantinopel verhandeln, welche die am Sonnabend beginnenden türkisch-bulgarischen Verhandlungen in freier Vereinigung mit ihrem Beirath begleiten und auch bei etwaigen Zwischenfällen eingreifen sollen, jedoch ohne die förmliche Beschlußfassung einer Konferenz. Die Frage über den russischen Kriegsminister komme nicht zur Entscheidung, da dies Sache des neuen Fürsten sein würde. Man glaubt, statt des Ministeriums des Innern werde den Zankowisten das Justizministerium zufallen. Die von der Regentschaft veranstalteten Volksversammlungen werden hart verurtheilt. Das Doppelspiel der Regentschaft könnte zur völligen Abwendung von Oesterreich führen.

Rom, 25. Januar. Auch Italien scheint mit seinen Kolonialbestrebungen nicht viel Glück zu haben. Die Verhältnisse am Rothen Meere sind gefahrdrohend geworden. Vor einigen Tagen ist der den Italienern befreundete Emir von Harrar durch die Truppen des Negus Negesti von Abessinien geschlagen worden; die Stadt Harrar selbst wurde erobert. Hierdurch ist die veränderte Lage eingetreten. Zwar hat Graf Robilant erst kürzlich in der Deputirtenkammer erklärt, er hege wegen Massauahs keine Befürchtungen; jedoch hat der Kriegsminister, Generallieutenant Ricotti, alle nöthigen Vorbereitungen getroffen, daß ein Expeditionskorps sofort von Neapel aus eingeschifft werden kann. Die Abessinier sind offenbar Gegner, welche man durchaus nicht unterschätzen darf. Das jetzt, wie es scheint, dem Negus fast vollständig unterworfene Gebiet von Harrar ist ein fruchtbares Land, auf welches seit längerer Zeit Engländer, Franzosen und Italiener gleichmäßig ihre Augen gerichtet hatten. Ihnen Allen sind jetzt die Abessinier zuvorgekommen. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Bureaus" habe ein Trupp Abessinier Massauah bereits angegriffen, wobei 5 Italiener und 200 Abessinier getödtet wurden. 1500 Mann Italiener seien sofort nach Makullah entsandt.

Paris, 26. Januar. Die Kammer strich, wie der „Dz. Ztg." telegraphirt wird, gestern 50,000 Francs, die als Staatsunterstützung für ein allgemeines Wettschießen eingestellt waren. (Die bisherigen Wettschießen waren eine Deroulede'sche Veranstaltung und hatten die Bedeutung einer Truppenschau der Patriotenliga). — Die Besorgnisse, die gestern in Folge der Nachricht der „Daily News" herrschten, haben sich gelegt, obwohl auf der Börse und in den Wandelgängen der Deputirtenkammer noch immer beunruhigende Gerüchte umgingen. Die heutigen Blätter versichern in Masse, Frankreich wolle den Krieg nicht, und behaupten, die Besatzungen an der Ostgrenze seien in der jüngsten Zeit nicht vermehrt worden. Im heutigen Ministerrath bestätigten Goblet und Flourens ihre gestern gegen Deputirte gemachte Versicherung, daß Deutschland keine Vorstellung gemacht habe und die Beziehungen mit allen Mächten, namentlich auch mit Deutschland, befriedigend seien. Flourens versicherte selbst, Graf Münster werde von Cannes nach Paris kommen, um seinem ersten diplomatischen Essen beizuwohnen. Auch wird versichert, Goblet werde bei der ersten Veranlassung in der Kammer eine friedliche Erklärung abgeben. Boulanger ist jetzt mit den drei Grundfragen seines Ministeriums beschäftigt: mit der Berathung des Gesetzentwurfs über die Organisation der Armee, Ausarbeitung der Vorlage über die Kreditforderungen, die er nächstens der Kammer machen wird, und Organisation der festen Plätze.

London, 25. Jan. In Sontport vertheilte heute der deutsche Generalkonsul Mohr in Gegenwart des Mayors ca. 700 Pfd. Sterl. an die Hinterbliebenen der am 10. Dezember v. J. ertrunkenen Mannschaften der Rettungsboote, welche der gestrandeten Bark „Mexiko" Hilfe bringen wollten. Nach der Vertheilung sprach der Mayor seinen herzlichen Dank aus, mit dem Hinzufügen, daß ein derartiges großmüthiges Handeln entschieden dazu beitragen müsse, das gute Einvernehmen zwischen den Völkern Deutschlands und Englands zu verstärken.

London, 25. Januar. Uebermorgen wird das englische Parlament eröffnet. Die Hauptvorlagen, welche demselben zunächst unterbreitet werden sollen, sind die Cloture-Bill, die Zwangs-Bill und die neue Kreisvorlage. Die Regierung dürfte für die erstgenannte Vorlage, welche eine Abänderung der Geschäftsordnung des Unterhauses zum Gegenstande hat, die Priorität beantragen. Dann erst soll die Zwangsvorlage, die man, nach der neuesten Version, auf Irland beschränken will, an die Reihe kommen. Die „Daily News" haben bereits ihre energische Bekämpfung derselben durch die Liberalen angekündigt. Zugleich drückt das Organ Gladstones seine Befriedigung darüber aus, daß der greise Führer der Liberalen heute in London eintreffe; er sei entschlossen, das Werk seines Lebens zu krönen, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten werde. Was die dritte oben erwähnte Bill, die Kreisvorlage, anbelangt, so soll dieselbe an einen großen Ausschuß verwiesen werden.

Provinzielles.

↑ **Kulmsee**, 26. Januar. Herrn Kaufmann Max Leyser, in Firma H. Leyser hierselbst ist vom Königl. Provinzial-Steuerdirektor zu Danzig die hier errichtete Stempel-Distribution widerruflich übertragen worden.

△ **Löbau**, 26. Januar. In eigenthümlicher Weise haben sich seit mehreren Jahren die hiesigen Bürger bei den Wahlen zu städtischen Ehrenämtern in zwei Parteien getheilt; die eine nennt sich Volkspartei und wirkt für die Wahlen polnischer Kandidaten, während die andere nur deutsche Kandidaten aufstellt. Heute wurden für die ersten zwei Abtheilungen je ein Stadtverordneter gewählt, der Kampf war heiß, doch hat die deutsche Partei gesiegt, obwohl die hiesige Bevölkerung überwiegend der andern Partei angehört.

Dirschau, 25. Januar. In letztvergangener Woche kaufte die Gattin eines hiesigen Bauunternehmers von einer ihr unbekannten Landfrau einen ziemlich großen Schinken. Dieser Tage erkrankte, in Folge Genusses von dem gesundheitsschädlichen, wahrscheinlich finnenhaltigen Schinken die ganze Familie, bestehend aus dem Hausherrn, seiner Gattin und vier Kindern unter zweifellosen Vergiftungssymptomen, z. B. aufgeschwollenen Gesichtern. Während die sofort auf ärztlichen Rath angewandten Gegenmittel bei der Hausfrau und den Kindern von glücklichem Erfolge begleitet waren, liegt der Hausherr, welcher wohl am meisten von dem Schinken verzehrt, noch immer krank darnieder. (E. Z.)

× **Marienwerder**, 26. Januar. Eine sonderbare Mär ist es, die wir verkünden müssen. „Alle Deutschen des Wahlkreises, so hieß es bisher, seien eingetreten für die Wahl unseres früheren Landraths, des jetzigen Oberbürgermeisters von Posen, Herrn Müller zum Reichstagsabgeordneten. Und nun kommt der hinkende Bote nach. Die Vorgänge bei der Wahl des Herrn Müller zum Oberbürgermeister von Posen scheint man hier nicht vergessen zu haben, und dem ist es zuzuschreiben, daß Herrn Müller ein Kandidat entgegengestellt wird, der zwar auch für das Septennat stimmen, aber allen Bestrebungen, die auf die Verkürzung der Rechte der Volksvertretung, auf Einführung der Monopole u. s. w. hin zielen, ein entschiedenes „N e i n" entgegensetzen wird. Es ist dies Hr. Maurermeister Obuch sen.-Mewe. Für Herrn Obuch treten alle Männer ein, die sich zu liberalen Grundsätzen bekennen. Danach erscheint die Wahl des jetzigen Herrn Oberbürgermeisters Müller in Posen keineswegs gesichert. — Der Danz. Ztg. wird über die betreffenden Vorgänge noch Folgendes berichtet: „Der durch Vertrauensmänner verstärkte Vorstand des liberalen Wahlvereins für den Wahlkreis Marienwerder-Stuhm hielt am letzten Sonntag und heute Versammlungen ab, in welchen die Kandidatenfrage für den hiesigen Wahlkreis erörtert, und erledigt worden ist. Nachdem ein den Konservativen vorgeschlagenes Abkommen, nach welchem sich die hiesigen Liberalen bereit erklärten, dem Kandidaten der Konservativen Oberbürgermeister Müller-Posen sofort im ersten Wahlgange die Stimme zu geben, falls hiesige maßgebende konservative Persönlichkeiten dahin wirken wollen, daß die Konservativen des Wahlkreises Thorn-Kulm den vom dortigen liberalen Wahlverein aufgestellten Kandidaten akzeptirten, von konservativer Seite abgelehnt worden ist, wurde zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten geschritten. Es ist dieser in der Person des Herrn Maurermeisters Obuch-Mewe gefunden worden, der bereits bei der letzten Landtagswahl für die Liberalen kandidirte. In einer demnächst einzuberufenden allgemeinen Wählerversammlung werden voraussichtlich auch einige auswärtige Herren sprechen."

Konitz, 25. Januar. In einer der letzten Schöffengerichtssitzungen hatten sich der Gutsbesitzer Adam v. Wolszlegier auf Koldanek und seine Gattin wegen unberechtigter Führung des Adelsprädikates zu verantworten. Sie wurden aber beide freigesprochen, weil erwiesen wurde, daß die Familie sich seit mehreren Generationen v. Wolszlegier schreibt und auch in alten Urkunden so genannt wird. — Die Polen, als die überwiegende Partei im Wahlkreise Konitz-Tuchel, haben die Agitation für die bevorstehende Reichstagswahl durch eine am Sonnabend hier stattgefundene Versammlung von Vertrauensmännern eröffnet, in welcher, nachdem der bisherige Abgeordnete v. Wollschläger-Schönfeld eine etwaige Wiederwahl abgelehnt hatte, der Rittergutsbesitzer Adam von Polczynski-Wittstock als Kandidat aufgestellt wurde. (D. Z.

× **Elbing**, 26. Januar. Sämmtliche Klassen des hiesigen Kgl. Gymnasiums wurden gestern auf drei Tage geschlossen, weil, wie die „Altpr. Ztg." berichtet, die Frau des Kastellans an der Diphteritis erkrankt ist. — Der Hofbesitzer Schulz aus Pieskendorf war angeklagt, am 5. April v. J. bei der Wahrnehmung eines Termins 14,40 Mk. Reisegebühren von der Gerichtskasse erhoben zu haben, trotzdem er eine große Strecke mit „Gelegenheit" gefahren war. Schulz machte geltend, daß er nicht die Summe gefordert, sondern daß der betreffende Kassenbeamte sie ihm gegeben habe. Der Beweis des Betrugs war somit nicht erbracht, und es erfolgte nach der „K. H. Z." seine Freisprechung.

Königsberg i. Pr., 26. Januar. Die Kandidatur Hoffmann ist eine Schöpfung des Oberpräsidenten von Schlieckmann. In der Bürgerschaft begreift man nicht, was Bürgermeister Hoffmann zur Annahme einer Kandidatur bewogen hat. Seine Stellung in der Bürgerschaft wird dadurch wahrlich nicht verbessert werden. Hoffmann steht politisch auf dem rechtesten Flügel der Nationalliberalen. Schon vor Jahren fiel Hoffmann gegen den dortigen Stadtverordnetenvorsteher Dickert, den freisinnigen Kandidaten, durch.

Eydtkuhnen, 25. Januar. Vorgestern langte nach einem längeren Aufenthalt im Innern Rußlands ein junger Mann von hier unter Eskorte an, welcher mit frohen Hoffnungen in das ferne Rußland gezogen war. Derselbe erhielt im vorigen Jahre die Nachricht, daß ein Onkel, der bei seiner Durchreise durch Eydtkuhnen ein Pathenamt bei ihm übernommen hatte, gestorben sei und ihn mit Hinterlassung eines großen Baarvermögens und großem liegenden Grundbesitz zum Universalerben eingesetzt habe. Da es dem jungen Mann an Baarmitteln zum Antritt der weiten Reise mangelte, wußte er hier Geld aufzutreiben und reiste von Hoffnungen geschwellt, dem im fernen Rußland liegenden Grundbesitz seines verstorbenen Onkels zu. Er langte auch dort glücklich an und machte seine Ansprüche geltend, doch da er denselben nicht den nöthigen klingenden Nachdruck geben konnte, wurde er von einem Advokaten zum anderen geschickt, kurz und gut, seine rechtlichen Ansprüche wurden nicht anerkannt und er per Schub zur Heimath befördert. Vier Monat lang ist der arme Kerl auf dem Landwege eskortiert worden und daß man ihn gerade nicht mit Glaceehandschuhen angefaßt haben wird, steht wohl außer allem Zweifel; sich reich wähnend wie Krösus zog er aus, ärmer noch als Hiob kehrte er nun zurück, da schließlich seine Gläubiger das vorgeschossene Geld zurück haben wollen. (Tils. Tagebl.)

Tilsit, 25. Januar. Heute morgen fand ein Droschkenkutscher in seinem Wagen einen Revolver, welcher von einem Reisenden zurückgelassen war. Der Kutscher machte mit der Schußwaffe einige Manipulationen, hierbei entlud sich die Waffe und die Kugel drang einem andern Kutscher durch das Stirnbein in das Gehirn. Obgleich ärztliche Hilfe zur Stelle war, gelang die Beseitigung der Kugel nicht, und wurde der Beschädigte in die Heilanstalt aufgenommen. (K. H. Z.)

Bromberg, 25. Januar. Die hiesige Strafkammer verurtheilte vor einigen Tagen den Schiffer Jablonski, welcher gegenwärtig eine Zuchthausstrafe von 10 Jahren in der Strafanstalt Graudenz abbüßt und von dort hierher transportirt worden war, wegen verschiedener hier und in Labischin verübter schweren Diebstähle zu einer Zusatzzuchthausstrafe von fünf Jahren. Der bereits 63 Jahre alte Züchtling erklärte bei seiner Abführung, nicht appelliren zu wollen, denn es würde ihm das doch nicht helfen, und erleben würde er das Ende der ersten Strafe, zu der das Landgericht in Konitz ihn vor zwei Jahren verurtheilt hat, doch nicht. Jablonski hat seit dem Jahre 1848, wo er ein Jahr Zuchthaus erhielt, eine lange Reihe von Jahren im Zuchthause zugebracht. — Ueber die Besetzung der durch die Pensionirung des Regierungs- und Schulraths Schmidt schon seit längerer Zeit erledigten

---

ein Herz voll Sanftmuth und Gefühl in ihr schlug.

Werden sie glücklich sein? werden sie mit dem Lauf der Zeit nur eins dem anderen leben? wird das Paradies, welches Paolo sich erträumte, ihnen jemals beschieden sein?

XI.

Eine unheimlich düstere Stimmung lagerte seit jenem Abend, da Alice von Waldheim ihren Besuch gemacht hatte, über der Heilanstalt am Tiberstrand.

Obgleich die Wunden, welche Dr. Rimoli durch den Ueberfall des tollen Francis davongetragen hatte, keine beunruhigenden waren, versetzte ihn der Zwischenfall in eine Aufregung, wie man sie an dem sonst so gewiegten Arzt und Lebemann bisher niemals kannte; nicht, weil die Schmerzen ihn plagten; auch nicht, weil Dr. Rimoli gefürchtet haben würde, daß die Unvorsichtigkeit, einen nicht ganz zuverlässig ruhigen Kranken ohne die speziellste Aufsicht im Freien zu lassen, — eine Thatsache, die, nebenbei gesagt, während der langjährigen Praxis des Doktors niemals passirt war — dem Ruf der Heilanstalt schade, denn Direktor Rimoli wußte vorzüglich die Zungen der ihn umgebenden Kreise im Zaume zu halten. Die Unvorsichtigkeit, welche er im ersten Moment des Schreckens begangen hatte, Giacomo, dessen Gesinnung er kannte, dessen Habsucht er fürchtete, als Dienstbeflissener des Fräulein von Waldheim zu belassen, baute in seiner erhitzten Stirne die für ihn peinigendsten Bilder auf. Daß die Fremde sich eine geraume Weile in Giacomos Begleitung im Park aufgehalten habe, hatte man ihm pflichtschuldigst in die Ohren geraunt; auch war es ihm kein Geheimniß geblieben, — Carlo Alfonso hatte diesbezüglich spezielle Erkundigung eingezogen — daß Nr. 40 noch in den Anlagen spazierte, als die Szene passirte; und wenngleich Direktor Rimoli nicht den geringsten Anhalt dafür hatte, daß irgend etwas Ungebührendes oder für ihn Nachtheiliges während der Zeit, da man sich mit ihm persönlich beschäftigte, geschehen war, so hielt ihm dennoch der Gedanke, es könne ein Wort mehr, als zu Giacomo's Dienst gehörig war, gefallen sein, die peinigendsten Bilder vor. Mit Sorgfalt traf er, soweit es möglich war, Vorkehrungen, daß sich die Folgen des an jenem Abend Geschehenen verwischten. Die Patienten mußten strenger beaufsichtigt werden, als es jemals der Fall war, Ludwig von Erlenburg wurde permanent in seiner Zelle gehalten — ein Akt von Grausamkeit bei der versengenden Gluth, welche der August mitgebracht hatte — und das Gesuch, welches Giacomo stellte, einen Abend zum Ausgang im Interesse seiner Privatangelegenheiten verwenden zu dürfen, wurde, ohne einer Antwort gewürdigt zu werden, bei Seite geworfen; dennoch war die Unruhe, die Carlo Alfonso seit jenem Abend quälte, durchaus nicht beigelegt. (Fortsetzung folgt.)

Stelle des katholischen Schulraths verlautet nunmehr nach der Ostd. Pr. bestimmt, daß der Seminardirektor Warminski in Paradies seitens der hiesigen Regierung in Vorschlag gebracht worden ist, und daß diese Angelegenheit gegenwärtig zur Entscheidung des Ministers vorliegt.

Posen, 26. Januar. In der Generalversammlung der freisinnigen Partei wurde Herr Rechtsanwalt Herse einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt. Herr Herse nahm die Kandidatur an und trat gleichfalls in den Vorstand des freisinnigen Vereins wieder ein. Da zum Wahlkreise außer der Stadt Posen auch der Landkreis Posen gehört, so ist die Wahl eines Deutschen aussichtslos. Gleichwohl will die freisinnige Partei in Posen vollzählig an der Wahlurne erscheinen, jedoch in keine Wahlagitation eintreten, sondern das Geld dafür dem Zentralfonds überweisen, damit es Verwendung da finde, wo der Sieg für die Partei nicht aussichtslos ist und so der Gesammtheit nützlich sei.

Lokales.

Thorn, den 27. Januar.

— [An unsere Leser.] Auf das heute unserer Zeitung beigelegte Flugblatt, enthaltend die Artikel „Der Kampf um's Recht" und „Weshalb ist der Reichstag aufgelöst", machen wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam. **Wähler!** Es herrscht vielfach der Irrthum, als ob der zu wählende Reichstag nur bis zum Termin der natürlichen Lebensdauer des aufgelösten zu funktioniren habe, also bis zum Herbst, und etwa nur die Militärvorlagen zu erledigen habe. Wir machen deshalb ausdrücklich darauf aufmerksam, daß am 21. Februar ein Reichstag für volle drei Jahre gewählt wird, der für alle vorkommenden Fragen verfassungsmäßige Zuständigkeit hat. Seht daher die Wählerlisten ein, damit jede Stimme zur Geltung gelangen kann. Insbesondere empfehlen wir dies den deutschfreisinnigen Wählern, für konservative Wähler scheint dies Geschäft Herr Garnison-Auditeur Heyne zu besorgen. Derselbe hat heute Vormittag sich länger als eine Stunde mit den Wählerlisten beschäftigt. Daß einem Beamten zu solcher und anderweiter agitatorischer Thätigkeit, wie sie der genannte Herr zur Freude eines großen Theils unseres Bürgerschaft ausübt, Zeit übrig bleiben kann, ist uns bisher nicht bekannt gewesen.

— [Zur Reichstagswahl.] Man schreibt uns aus Kulm unterm gestrigen Tage: Soeben sollte hier der Wahlaufruf des sogenannten konservativen und gemäßigt liberalen Wahlvereins (antisemitischen?) zu Gunsten der Kandidatur des Herrn Rittergutsbesitzers Wegner-Ostaszewo zur Vertheilung gelangen, da traf die Nachricht ein, daß Herr Wegner auf die Kandidatur Verzicht leiste und zwar, wie man hört, weil er die Aussicht aufgegeben habe bei der Wahl durchzukommen und es ihm nicht passen, als bloßer Zählkandidat zu fungiren. Die vereinigten Antisemiten und Konservativen werden nun wohl bereits heute einen neuen Kandidaten aufstellen; der vorerwähnte Wahlaufruf schweigt sich über alle schwebenden Fragen todt, berührt nur die Militärfrage, und erwähnt dabei aber weder der 3jährigen Bewilligung noch des Septenats, sondern bewegt sich in allgemeinen Redensarten. Zur Empfehlung der Wahl des Herrn Wegner heißt es:

„Durchdrungen von dem Gefühle, daß für uns bei der gefährdeten Lage des Deutschen Reiches kein Opfer zu hoch erscheinen kann, welches geeignet ist, uns vor den Schrecknissen eines Krieges zu bewahren und gegebenen Falles den Sieg zu erringen, haben wir uns einmüthig entschlossen u. s. w."

Nun fragen wir, giebt es wohl einen einzigen Deutschen, der nicht jeder Zeit bereit wäre im Falle der Noth Gut und Blut für das Vaterland zu opfern? „Eine Gefahr für das Vaterland ist aber zur Zeit nicht vorhanden, und wenn diese wirklich vorhanden wäre, würde die Frage, ob 3 oder 7jährige Bewilligung der geforderten Friedenspräsenz ohne Einfluß sein," so wenigstens hat der Kriegsminister in den Sitzungen der Militärkommission wiederholt versichert. Das Hervorheben etwaiger auswärtiger Verwickelungen Seitens unserer „Konservativen" kann also nur den Zweck haben, das Volk einzuschüchtern, ob das erstrebte Ziel aber erreicht werden wird, nun — wir werden sehen!

— [Die Denkschrift über die bisherige Ausführung des Ansiedelungsgesetzes] ist dem Landtage nunmehr zugegangen. Die bis zum Schlusse des Jahres 1886 für die Zwecke des Ansiedelungsgesetzes angekauften und übernommenen Besitzungen umfassen: Eine Herrschaft mit 3 selbstständigen Wirthschaftsdepartements und in Summa 8 Vorwerken; 16 Rittergüter mit einer größeren Zahl dazu gehöriger Vorwerke und früher mit ihnen vereinigter Bauernwirthschaften; 3 selbstständigen Wirthschaften mit Gebäuden, Inventar und Ernte. Es sind erworben an Gutsareal 11,730 Hektar mit einem Kaufpreise von 6,672,900 Mark, und an sonstigem Areal 110 Hektar mit einem Kaufpreise von 88,845 Mark. Obwohl eine Anregung zur Anmeldung für den Erwerb von Ansiedelungsstellen seitens der Ansiedelungskommission bisher nicht erfolgt ist, sind aus allen Theilen Deutschlands, ferner aus Rußland, in einzelnen Fällen auch aus Oestereich und sogar aus Amerika zahlreiche Gesuche, diesen Gegenstand betreffend, eingegangen. Es haben sich gemeldet: für Stellen bis zu 50 Hektar 421 Bewerber mit einem durchschnittlichen disponiblen Vermögen von 3306,79 Mark für den Bewerber; für Stellen über 50 Hektar 407 Bewerber mit einem durchschnittlichen disponiblen Vermögen von 14,321,81 Mark; 49 Ausländer mit einem Durchschnittsvermögen von 5673,46 Mark. Zu praktischen Resultaten bezüglich der Verwendung angekaufter Güter zu Ansiedelungen ist die Kommission bisher nicht gelangt. Es war dies mit Rücksicht auf den kurzen Zeitraum von kaum 4½ Monaten, in welchem sie in Thätigkeit gewesen ist, auch nicht zu erwarten. Aber es ist ermöglicht worden, für die Güter Dollnik und Paruschke im Kreise Flatow auf Grund eines generellen Auslegungsplans und auf Grund von vorläufigen Verhandlungen mit einer größeren Zahl geeigneter Ansiedelungslustigen zu einem Resultat zu gelangen, das den definitiven Abschluß der Ueberlassungsverträge bis zum Beginn des Frühjahrs erhoffen läßt. Die Kommission betrachtet die Besiedelung dieser beiden Güter wesentlich vom Standpunkte des Versuchs, und beabsichtigt insbesondere an diesen Gütern Erfahrungen zu sammeln und hofft, daß der Fiskus bei Begebung der Stellen, sofern er nicht selbst Baulichkeiten herzurichten hat, zu einer mindestens 3prozentigen Verzinsung des ausgelegten Kapitals, bezw. zu einer Rückerstattung seiner Auslagen im Wege der Abzahlung gelangt. Die beiden Güter umfassen 859,40 Hektar. Was mit den übrigen 11 000 Hektaren, welche schon vor dem 1. Januar d. J. angekauft waren, geschehen soll, darüber giebt die Denkschrift keinen Aufschluß. Zunächst befinden dieselben sich in der Verwaltung der betreffenden Bezirksregierungen. Für das laufende Wirthschaftsjahr sind nur sehr geringe Einnahmen zu erwarten, vielleicht werden sogar „erhebliche Zuschüsse" erforderlich sein. Daß die eigene Regieverwaltung so bedeutender Gutskomplexe mit Uebelständen verbunden ist, giebt der Bericht zu. Die zeitweise Verpachtung der Güter bis zu ihrer definitiven Austhuung an Kleinwirthe würde zwar nur eine niedrige Verzinsung des Kapitals sichern, aber eine erhebliche Ersparniß an Verwaltungs- und Aufsichtskosten ermöglichen und Sicherheit gegen mögliche Verluste im Selbstbetriebe bieten. Aber der Kreis der Pachtlustigen würde sehr gering sein, da die Kommission sich die jederzeitige Disposition über die Grundstücke zu Ansiedelungszwecken würde sichern müssen. „Es wird, so schließt diese Erörterung, das Bestreben der Kommission sein, einen gangbaren, die Ziele des Gesetzes nicht nur nicht hindernden, sondern sie fördernden und zugleich dem finanziellen Interesse des Fiskus zugänglichen Weg zu finden." Bis die Kommission diese Quadratur des Zirkels gefunden haben wird, behält es bei den mit der Regieverwaltung nothwendig verbundenen Uebelständen sein Bewenden und zwar auf Jahre hinaus, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, wo die Erfahrungen vorliegen werden, zu denen die demnächstigen Ansiedelungen auf den Gütern Dollnik und Paruschke Anlaß geben sollen. Offenbar wäre es zweckentsprechender gewesen, vor der Hand nur diese kleinen Güter zu Versuchszwecken anzukaufen, und dann erst, wenn die Durchführbarkeit der Besiedelung praktisch erwiesen wäre, zu umfassenderen Gutsankäufen vorzugehen.

— [Die Ansiedelungs-Kommission] hat, wie die „Pos. Ztg." mittheilt, in den letztverflossenen Tagen das im Gnesener Kreise belegene Gut Ruchocin, bisher der Frau Gutowska gehörig, endgiltig erworben, nachdem frühere Verhandlungen bereits abgebrochen, später aber wieder aufgenommen worden waren. Das Besitzthum umfaßt 3625 Morgen oder 296 Hektar.

— [Kombinirbare Rundreise-billets.] Das am 1. Mai erscheinende neue Verzeichniß der zu kombinirbaren Rundreise-Billets zu verwendenden Koupons wird abermals eine wesentliche Erweiterung durch die Aufnahme sämmtlicher belgischen Eisenbahnen erfahren, von welchen bisher nur die Linien der Grand Central Belge, die dem Verein deutscher Eisenbahn-Verwaltungen angehören, einbezogen waren. Der Umfang des Gebietes, welches mit kombinirbaren Rundreise-Billets oder an diese anschließenden Rundreise-Billets befahren werden kann, umfaßt alsdann: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Rumänien, Italien, die Schweiz, Belgien und Holland.

— [Zur Kenntniß des Wechselrechts.] Die Uebergabe eines ungestempelten, noch nicht akceptirten Wechsels Seitens des Ausstellers an einen Gerichtsvollzieher oder Notar behufs Präsentation und Protesterhebung mangels Annahme ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, I. Strafsenats, vom 9. Dezember v. Js., nicht als ein „aus den Händen geben des Wechsels" im Sinne des § 7 des Wechselstempelsteuergesetzes vom 10. Juni 1869 zu erachten und demnach nicht als Stempelhinterziehung zu bestrafen.

— [Der Turnverein] empfiehlt rege Betheiligung an den Uebungen und macht darauf aufmerksam, daß neue Mitglieder während der Turnstunden jeder Zeit aufgenommen werden.

— [Ueber unserem Kriegerdenkmal] scheint ein eigenes Mißgeschick zu walten. Im Sommer wurden die Mosaikbilder fertig gestellt, und heute ist eins dieser Bilder, das an der Südseite befindliche, wenn wir nicht irren das Wappen des deutschen Reiches darstellende, wieder auseinander gefallen. Kinder lesen die kleinen farbigen Steinchen auf. Man fürchtet, daß sich die anderen Bilder ebensowenig haltbar zeigen werden. Unseres Wissens hat Herr Professor Salviati die Garantie für die Haltbarkeit der Bilder auf 5 Jahre übernommen, er hat auch bisher noch nicht den ganzen Betrag für Herstellung der Bilder empfangen, sonach dürfte Herr Professor Salviati wohl für den entstandenen Schaden regreßpflichtig gemacht werden können.

— [Weichseltrajekt] Fordon: Mit Fuhrwerk aller Art über die Eisdecke bei Tag und Nacht; Kulm: Bei Tag und Nacht über die Eisdecke mittelst Postfuhrwerks; Marienwerder: Bei Tag und Nacht über die Eisdecke mittelst Postfuhrwerks.

— [Zur Vergebung der Dungabfuhr] vom städtischen Schlachthause und vom Vieh- und Pferdemarktplatze auf der Jakobsvorstadt hat heute Termin angestanden. Herr Gutsadministrator Reißmüller bot bei einer Verpachtung auf ein Jahr 342 M., bei einer Verpachtung auf 5 Jahre 400 M. pro Jahr. Das Gut Papau hatte 330 M. für das Jahr offerirt.

— [Unfälle.] Gestern Mittag stürzte ein Militär-Omnibus, indem sich mehrere Offiziere des 21. und 61. Regts. befanden, auf der Fahrt nach der Bromberger Vorstadt in der Nähe des Pilz um. Ein Offizier erlitt dabei nicht unerhebliche Beschädigungen am Kopfe. — Heute früh fiel ein Milchwagen in der Elisabethstraße um. Obschon mit Hülfe der Passanten der Wagen sofort aufgerichtet wurde, hatte sich der Inhalt doch zum Theil auf die Straße ergossen. — Unsere Straßenjugend war sofort bemüht, so viel wie möglich von der leckeren Flüssigkeit für sich zu retten.

— [Ein Brand] war gestern auf dem Boden des Hauses Altstadt (Araberstraße) Nr. 134 dadurch entstanden, daß dort ausgehängte trockene Wäsche durch eine Petroleumlampe entzündet wurde. Das Feuer ergriff den Fußboden und die aus Moos bestehende Unterlage. Die sofort vom Herrn Bürgermeister Bender und Polizeikommissarius Finkenstein getroffenen Löschvorrichtungen verhinderten eine weitere Ausbreitung des Brandes.

— [Gefunden] sind ein Hausschlüssel in der Mauerstraße, auf dem altstädtischen Markt eine blaue mit Spitzen besetzte Latzschürze. Näheres im Polizei-Sekretariat.

— [Polizeiliches.] Verhaftet sind 6 Personen, unter diesen befindet sich ein Schornsteinfegerlehrling, der im Verdacht steht einem Dienstmädchen seines Lehrmeisters 11 Mk. gestohlen zu haben (wegen mangelnder Beweise ist der Lehrling inzwischen aus der Haft entlassen). — Der Eigenthümer des am Freitag beschlagnahmten Geflügels hat sich bereits gemeldet.

— [Von der Weichsel.] Heutiger Wasserstand 2 00 Meter.

Preußische Klassenlotterie.

Berlin, 26. Januar 1887.
(Ohne Gewähr.)

Bei der gestern fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. Königlich Preußischer Klassenlotterie fielen in der Nachmittags-Ziehung:

1 Gewinn von 100 000 M. auf Nr. 96 109.
1 Gewinn von 50 000 M. auf Nr. 129 025.
1 Gewinn von 15 000 M auf Nr. 107 602.
1 Gewinn von 10 000 M. auf Nr. 84 155.
2 Gewinne von 5000 M. auf Nr. 99 472 126 937

22 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 2412 3593 5391 35 538 38 992 51 427 84 000 90 002 93 368 108 750 112 120 123 628 135 381 150 840 151 457 154 562 160 084 161 289 162 485 165 759 166 739 167 692.

37 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 9197 13 313 18 569 28 513 41 195 54 035 57 513 59 184 64 302 73 716 82 273 86 128 93 119 93 220 97 607 108 336 108 981 112 572 128 628 129 934 132 869 138 606 144 167 145 401 153 060 163 472 166 337 166 344 170 061 172 380 173 043 174 432 174 640 176 107 178 828 186 316 186 442.

40 Gewinne von 500 M auf Nr. 547 5639 5717 7384 9277 9769 13 099 15 016 15 832 24 452 28 428 32 014 32 559 40 565 40 818 55 092 61 470 69 812 75 750 83 180 89 977 92 964 100 436 101 533 109 716 119 819 120 077 125 797 135 782 156 174 160 139 161 846 165 738 171 075 172 390 175 312 175 541 177 609 185 223 186 621.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. Königlich Preußischer Klassenlotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

3 Gewinne von 15 000 M. auf Nr. 46 524 47 122 114 087.

2 Gewinne von 10 000 M. auf Nr. 36 511 128 317.

2 Gewinne von 5000 M. auf Nr. 69 431 105 475.

27 Gewinne von 3000 M. auf Nr. 1117 4997 13 751 28 3?9 30 246 32 312 39 688 42 001 44 7?7 56 326 62 798 64 403 76 560 87 923 92 592 94 020 106 221 111 624 122 961 124 675 139 591 154 937 159 051 167 458 167 719 172 617 176 429.

33 Gewinne von 1500 M. auf Nr. 2440 3675 36 575 36 583 41 158 42 913 43 064 44 569 44 636 45 022 60 069 67 904 70 235 75 817 86 984 92 221 103 687 103 756 103 835 106 892 112 017 117 422 120 989 121 311 130 636 134 485 134 522 137 261 138 292 140 408 142 334 144 377 170 635.

37 Gewinne von 500 M. auf Nr. 9652 13 788 22 443 31 017 41 229 45 358 48 262 51 720 59 613 64 630 66 039 74 247 88 264 94 548 96 003 99 053 101 702 104 653 106 510 107 754 110 053 118 656 119 751 128 779 129 877 132 879 133 723 135 965 144 036 152 704 155 616 158 584 164 068 172 993 181 718 185 070 186 761.

Telegraphisch Börsen-Depesche.

Berlin, 27. Januar.

		27. Jan.	26 Jan.
Fonds: matt.			
Russische Banknoten	. . . .	187,70	188 40
Warschau 8 Tage	. . . .	187,20	187,85
Pr. 4% Consols	. . . .	105,20	105,40
Polnische Pfandbriefe 5%	. .	59,00	59,00
do. Liquid. Pfandbriefe	.	54,80	55,00
Westpr. Pfandbr. 3½% neul. II.		98,20	98,30
Credit-Actien 12,80 Zuschlag		461,00	465,00
Oesterr. Banknoten	. . . .	160,25	160,25
Disconto-Comm.-Anth. 6,50 Abschlag		195,00	197,60
Weizen: gelb	April-Mai	164,50	164,00
	Mai-Juni	166 20	165,70
	Loco in New-York	93 c	93½
Roggen:	loco	131,00	131,00
	April-Mai	132,20	132,20
	Mai-Juni	132,50	132,50
	Juni Juli	133,00	133,00
Rüböl:	April-Mai	45,60	45,60
	Mai-Juni	45,90	45,90
Spiritus:	loco	37,30	37,50
	April-Mai	38,20	38,30
	Juli-August	39 90	40,10

Wechsel-Diskont 4: Lombard-Zinsfuß für deutsche Staats-Anl 4½ für andere Effekten 5.

Spiritus-Depesche.

Königsberg 27. Januar.
(v. Portatius u. Grothe)

Loco	38,25 Brf.	38,00 Geld	38 00 bez.
Januar	38,25 „	38.00 „	—,—

Getreide-Bericht der Handelskammer für Kreis Thorn.

Thorn, den 26. Januar 1887.

Wetter: Thauwetter.
Weizen unverändert, 126 Pfd. bunt 145 Mk., 128 Pfd. hell 148 Mk, 132 Pfd. fein 151 Mk.
Roggen 122 Pfd. 115 Mk., 124 Pfd. 116 Mk.
Gerste Futterw. 90—95 Mk.
Erbsen Futter- und Mittelw. 103—114 Mk., Kochw. 127—140 Mk., feine Viktoria 160—165 Mk.
Hafer 98—112 Mk.

Danzig, den 26. Januar 1887. — Getreide-Börse.
(L. Gieldzinski.)

Weizen. Bezahlt für inländischen bunt bezogen 128 Pfd. Mk. 148, hellbunt 128 Pfd. Mk. 159, weiß, leicht bezogen 129 Pfd. Mk. 155. Für polnischen Transit bunt bezogen 124/5 Pfd. Mk. 144, gutbunt 127 Pfd. Mk. 152, hochbunt 130 Pfd. Mk. 154. Für russischen Transit bunt bezogen 125 Pfd. Mk. 148, roth glasig 126/7 Pfd. Mk. 152.

Roggen nur inländische Waare zu unveränderten Preisen gehandelt. Bezahlt ist 126/7 Pfd. Mk. 113.

Gerste: Gehandelt ist inländische kleine 113/4 Pfd. Mk. 105, große hell mit Geruch 120 Pfd. Mk. 117.

Hafer inländischer Mk. 108 bezahlt.

Lupinen gelbe Mk. 95 bezahlt.

Rohzucker gehandelt 2000 Ctr a Mk. 19,60 und 2000 Ctr. a Mk. 10,70 transito.

Danksagung.

Hiermit sprechen wir allen Freunden und Bekannten für die große Theilnahme und das Wohlwollen, daß uns bei der Feier unserer Silberhochzeit dargebracht worden ist, den herzlichsten Dank aus.
Thorn, den 27. Januar 1887.

A. Hempel u. Frau.

Bekanntmachung.

Zur Vergebung der Anfuhr von 150 Mille Mauersteinen von der städtischen Ziegelei nach der Baustelle des neu zu erbauenden Forstetablissements Guttau bei Schmolln haben wir auf

Mittwoch, den 2. Februar d. Js., Vormittags 11 Uhr,

einen Submissionstermin in unserem Bureau I angesetzt.

Reflektanten fordern wir hiermit auf, ihre Offerten versiegelt und mit der entsprechenden Aufschrift versehen, zu obigem Termin in unserem Bureau I einzureichen, wo die Bedingungen zur Einsicht und Anerkennung ausliegen, sowie auch abschriftlich gegen Erstattung der Copialien abgegeben werden.

Thorn, den 25. Januar 1887.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zum Verkauf verschiedener Gegenstände und Nachlaßsachen steht ein Auktionstermin am

Dienstag, d. 2. Febr. cr.

und zwar:
von 9 Uhr Vormittags
im großen Rathhaussaale, und
von 10 Uhr Vormittags
im St. Georgen-Hospital an, zu welchem Kaufliebhaber eingeladen werden.

Thorn, den 24. Januar 1887.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Für das am 1. April cr. hierselbst auf der Bromberger Vorstadt ins Leben tretende städtische

„Wilhelm-Augusta-Siechenhaus"

suchen wir einen unverheiratheten

Hausdiener.

Derselbe wird Wohnung und Beköstigung im Hause und außerdem 180—200 Mark Lohn jährlich erhalten.

Kräftige, zuverlässige und **durchaus nüchterne** Bewerber um die Stelle wollen sich in unserem Bureau II (Rathhaus, Erdgeschoß) melden.

Thorn, den 22. Januar 1887.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß im abgelaufenen Vierteljahre October/Dezember 1886 an milden Gaben und Zuwendungen bei unseren milden Stiftungen eingegangen sind:

1. bei der Waisenhaus-Kasse

a. vom Herrn Schiedsmann Sponnagel Sühnegeld in einer Streitsache	10 M.	— Pf.
b. vom Schiedsmann Dorau desgl.	2 „	50 „
c. Ertrag aus den zu Weihnachten abgehaltenen Kirchen-Kollekten und zwar:		
aus der altst. ev. Kirche	52 „	69 „
„ „ neust. „ „	23 „	75 „
„ „ St. Johannis-Kirche	14 „	79 „
„ „ St. Marien-Kirche	17 „	76 „
„ „ St. Jacobs-Kirche	24 „	87 „
	146 M.	36 Pf.

2. bei der Armenhaus-Kasse

a. vom Herrn Schiedsmann Schliebener Sühnegeld in einer Streitsache	3 M.	— Pf.
b. vom Herrn Pfarrer Stachowitz Kollektengeld vom Sonntag, den 10. October pr	5 „	51 „
	8 M.	51 Pf.

Thorn, den 21. Januar 1887.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom heutigen Tage ist in das diesseitige Gesellschaftsregister zu Nr. 97, woselbst die Firma der Gesellschaft **S. Schendel** vermerkt ist, eingetragen:

Die Zweigniederlassung in Inowrazlaw ist aufgehoben.

Thorn, den 21. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist die in Klein-Mocker errichtete Handelsniederlassung der Handelsfrau **H. Pastenaci** ebendaselbst unter der Firma

H. Pastenaci

in das diesseitige Firmenregister (unter Nr. 756) eingetragen.

Thorn, den 22. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1. in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 636, woselbst die Firma **M. Aptekmann** — Inhaber Kaufmann **Marcus Aptekmann** in Thorn — vermerkt ist:
   Der Kaufmann **Hermann Krakauer** zu Bromberg ist in das Handelsgeschäft des Kaufmanns **Marcus Aptekmann** als Handelsgesellschafter eingetreten und die nunmehr unter der Firma **M. Aptekmann** bestehende Handelsgesellschaft unter Nr. 141 des Gesellschaftsregisters eingetragen.
2. in das diesseitige Gesellschaftsregister unter Nr. 141 die unter der Firma **M. Aptekmann** aus den Kaufleuten **Marcus Aptekmann** zu Thorn und **Hermann Krakauer** zu Bromberg seit dem 1. Januar 1887 bestehende Handelsgesellschaft, mit dem Bemerken, daß dieselbe ihren Sitz in Thorn und eine Zweigniederlassung in Bromberg hat. Die Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, steht nur dem Kaufmann **Marcus Aptekmann** zu Thorn zu.

Thorn, den 17. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1. in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 80, woselbst die Firma **M. S. Leiser** — Inhaber Kaufmann **Moritz Leiser** in Thorn — vermerkt ist:
   Die Firma ist durch Vertrag auf die Kaufleute **Adolph Leiser** und **Isidor Leiser**, beide zu Thorn, übergegangen (vergl. Nr. 142 des Gesellschaftsregisters).
2. in das diesseitige Gesellschaftsregister unter Nr. 142 die unter der Firma **M. S. Leiser** aus den Kaufleuten **Adolph Leiser** und **Isidor Leiser** zu Thorn bestehende Handelsgesellschaft, mit dem Bemerken, daß dieselbe in Thorn ihren Sitz hat.
   Die Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, steht Jedem der beiden Gesellschafter zu.

Thorn, den 17. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung von heute ist in unserem Firmenregister die unter Nr. 704 eingetragene Firma **A. Willimtzig** in Thorn gelöscht.

Thorn, den 22. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Am Freitag, den 28. Januar cr., Vormittags 10 Uhr,

werde ich in der Pfandkammer des hiesigen Königl. Landgerichts:

eine größere Partie Herren-Garderoben, sowie verschied. Wirthschafts-Gegenstände

öffentlich freihändig gegen gleich baare Bezahlung versteigern.

Nitz, Gerichtsvollzieher.

Auktion!

Montag, d. 31. d. M., von 9 Uhr ab, werde ich im **Pfarrhause Neust. Markt: 211 Bücher, Möbeln, Haus- u. Küchengeräthe** versteigern.

W. Wilckens, Auktionator.

Gesellschaft für wissenschaftliche Zuschneidekunst, Berlin,

in Thorn vertreten durch

Frau Mathilde Schwebs,

Atelier für Damenschneiderei, Bäckerstr. 166 I.

Lehrt jeder Dame **in 8 Tagen** das Zuschneiden von Damen- und Kinder-Garderobe, unter Garantie des Erfolges. Eintritt von Schülerinnen täglich.

Verheiratheten Damen auf Wunsch Unterricht in ihrer eigenen Wohnung. Taillen zur Selbstanfertigung werden zugeschnitten.

Den geehrten Damen die ergebene Anzeige, daß ich hierselbst ein

Atelier zur Anfertigung von Damengarderoben

errichtet habe.

A. Somietz, Berl. Modistin,
Gerechtestr. 104, I.

Damen auf Logis und Kost werden aufgenommen. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Täglich frische Pfannkuchen,

Thee- u. Kaffeekuchen.

Bäckerei G. Sichtau, Culmerstraße.

Vorräthig in allen Buch- und Musikalienhandlungen:

Festgeschenk Tanz-Album f. d. fröhl. Jugend 12 leichte Tänze für Klavier von **Herm. Necke**, Mk. 1,50. **54. Aufl.**

für Klavier zu 4 Händ. Mk. 2,—; f. Violine 75 Pfg.; f. Klavier u. Violine Mk. 2,—; für Zither, bearb. von F. Gutmann Mk. 1,50. Verlag von P. J. Tonger, Köln.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Rudak Band III Blatt 38 auf den Namen der Wittwe **Anna Elisabeth Fenski geb. Eisenmüller** in Thorn, sowie der 7 Geschwister **Fenski:**

1. Schlosser **Gustav Adolph Fenski** in Berlin,
2. **Marie Elise Fenski** in Rudak,
3. der verehelichten Rentmeister **Bertha Mathilde Jastrow** geb. **Fenski** in Mogilno,
4. Tischler **Johann Otto Fenski** in Rudak,
5. **Johanna Ottilie Fenski** in Rudak,
6. **Caroline Hedwig Fenski** daselbst,
7. verehelichten Bauunternehmer **Anna Hulda Jerusalem** geb. **Fenski** daselbst,

eingetragene zu Rudak belegene Grundstück am

24. März 1887,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Terminszimmer Nr. 4, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 4,57 Thlr. Reinertrag und einer Fläche von 16 2550 Hektar zur Grundsteuer, mit 717 Mk. Nutzungswerth zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei-Abtheilung V eingesehen werden.

Thorn, den 15. Januar 1887.

Königliches Amtsgericht.

Gärtner-Stelle-Gesuch!

Ein junger militärfreier, solider Gehilfe, 24 Jahre alt, in **Topfpflanzenkultur** und hauptsächlich **Landschaftsgärtnerei** erfahren, **selbstständiger Arbeiter, sucht** gestützt auf gute Zeugnisse **sichere Stellung** in einer größeren Herrschafts- oder Handelsgärtnerei.

Antritt kann sofort, 15. Februar oder auch später erfolgen.

Gefällige Offerten (möglichst mit Angabe des Gehalts und sonstigen Bedingungen) unter der Aufschrift **M. H. 24** in die Expedition dieser Zeitung erbeten.

2400 Mark zur 1. Stelle auf ein Grundstück von sechsfachem Werth in Mocker gesucht. Näh. in der Exped. d. Ztg.

3000 Ctr. Kartoffeln,

gute, ausgelesene Dabersche Speisekartoffeln, werden zu kaufen gesucht. Adressen nebst Preisofferte **sub H. L. 9** in die Exped. dieses Blattes erbeten

Jede Nummer **Drahtgewebe** und **Geflechte** in **Kupfer, Messing, Eisen,** verzinkt, verzinnt, schwarz lackirt u. s. w.

Alle Sorten **Draht-, Haar- u. Seidensiebe,** besonders mache ich auf meine vorzüglichen **Kleesiebe** u. **Erbsensortirungs-Schwingsiebe** aufmerksam.

Malzdarren, Kiesharfen, Cylinder, Drahtgitterumwährungen, Dampfdreschmaschinensiebe u. s. w.

Auch werden alle diese auf obige bezugnehmenden Drahtwaarengegenstände von mir auf das prompteste und beste reparirt.

Carl Schneider, Brückenstr. 29

Grün,
Königl. belg. approb.
Zahn-Arzt
Butterstr. N. 144.

Wer im Zweifel darüber ist,

welches der vielen, in den Zeitungen angepriesenen Heilmittel er gegen sein Leiden in Gebrauch nehmen soll, der schreibe eine Postkarte an Richters Verlags-Anstalt in Leipzig und verlange die Broschüre „Krankenfreund". In diesem Büchelchen ist nicht nur eine Anzahl der **besten und bewährtesten Hausmittel** ausführlich beschrieben, sondern es sind auch

erläuternde Krankenberichte

beigedruckt worden. Diese Berichte beweisen, **daß sehr oft ein einfaches Hausmittel genügt,** um selbst eine scheinbar **unheilbare Krankheit** noch glücklich geheilt zu sehen. Wenn dem Kranken nur das **richtige** Mittel zu Gebote steht, dann ist sogar bei **schwerem Leiden** noch Heilung zu erwarten und darum sollte kein Kranker versäumen, sich den „Krankenfreund" kommen zu lassen. An Hand dieses lesenswerten Buches wird er viel leichter eine richtige Wahl treffen können. Durch die Zusendung des Buches erwachsen dem Besteller

keinerlei Kosten.

Przeszkoda per Lipnica

hat zum Verkauf

150 Schock

Dach-Rohr.

Speise-Oel

täglich frisch, offerirt in Ia Qualität billigst, die Oelfabrik von

J. Levysohn in Nakel.

Starke Leiterbäume

und auch **dünnere Stangen,** sind billig zu haben in **Catharinenthor bei Thorn.**

Einen Lehrling

zur **Bäckerei** sucht

G. Sichtau, Culmerstraße.

Durch gute Rohrernte aus den Kgl. Kämpen verkaufe jeden gewünschten Posten bedeutend billiger als bisher. Bandumfang 15 Zoll.

Zeyer p. Elbing. **E. Grübnau.**

3 Zim., Kab. u. Zub. z. verm. Elisabethstr 1, 2 Tr. Näh. b Fr. Hirschberger's Ww

Möbl. Zim. u. Kab. zu vermiethen Hohe Gasse 107.

Eine kleine Wohnung zu vermiethen Brückenstr. Nr. 15.

1 Wohnung von 2 Stuben Küche und Zubehör vom 1. April, Marienstraße 285 zu vermiethen und 1 Wohnung von 6 Zimmern, Küche u. Zubehör von sofort, Altstädtischer Markt 294/95 zu vermiethen. **W. Busse.**

1 Wohnung von 3 heizbaren Zimmern zu vermiethen Gr. Gerberstr. 277/78.

Ein Grundstück in Schönwalde ist von sogleich billig zu verpachten, zu erfragen Brückenstr. Nr. 38 I.

Ein Zimmer nebst Küche ist zum 1. April d. J. zu vermiethen
Elisabethstr. 87, 2 Treppen.

2 Stuben, helle Küche, Ausguß u. Korridor, 4 Trp. hoch, bei **D. v. Kobielski.**

Ein möbl. Part.-Vorderzimmer f. 1 od. 2 Herren m. Pens. zu verm. Windstr. 164, vis-à-vis d. n. Pfarrh.

2 g. möbl. Zim. n. v. z. v. Gerechtestr. 122/23 II

Ein möbl. Zimmer zu verm. Neustadt 143.

Eine kl. Wohnung z verm. Schuhmacherst. 354.

1 möbl. Zimmer Kl. Gerberstr. Nr. 73 I

1 anständig möbl. Zimmer ist an 1 od. 2 Herren mit u. auch ohne Beköstigung zu vermiethen Araberstr. 188, 1 Tr.

Möbl. Z. m. Kab. part z. v. Kl. Gerberstr. 22.

1 möbl. Zim u. Kab. 1 Tr. n. vorn und Burschengelaß sofort, sowie 1 Parterre-Wohnung zum 1 April zu vermiethen. Zu erfragen Tuchmacherstr. 178, 1 Treppe

1 Familienwohnung zu vermiethen bei **A. Borchardt,** Fleischermstr. Schülerst. 449.

Die **2. Etage** in meinem Hause Breitestr. 453 ist vom 1. April 1887 zu vermiethen.
C. A. Gutsch.

Eine kl. Wohn., Stube u. Kab., v. 1. April zu vermiethen Seglerstr. Nr. 140.

1 möbl. Z u Kab. z. v. part Ger.-Str. 122/23.

Krieger-Verein.

Zur Feier des **Krönungs-** und **Ordensfestes** findet
Sonnabend, d. 29. d. Mts.,
Abends 8 Uhr,
im **Holder-Egger**'schen Local

Concert

nachher

Tanz

statt.

Thorn, den 27. Januar 1887.

Krüger.

Turn-Verein.

Dienstag u. Freitag, Abends 8½ Uhr:

Turnen

der Hauptabtheilung.

Mittwoch, Abends 8½ Uhr:

Altersriege.

Aufnahme neuer Mitglieder findet daselbst statt.

Der

Maskenball

in Gollub

findet

Montag, d. 21. Februar

bestimmt statt.

Gäste willkommen.

Maskengarderobe leihweise zu haben.

Das Comitee.

1 möbl. Zim. zu verm. Gr. Gerberstr 271 I.

Möbl. Z. bill. z. verm Schuhmacherstr. 419.

Wohnung von 2 Zim. von einem Richter gesucht. Adr. unt. R. W. in d. Exp. d. Ztg.

1 gr. Woh. a. geth. ist v. 1. April zu vermiethen Brückenstraße 19.

Eine Parterre-Hofwohnung, 3 Zim. und Küche. Zu erfragen in der Exped. dieses Blattes.

Große herrschaftliche Wohnungen sind in meinem neu erbauten Hause, Culmerstraße 340/41, zu vermiethen. **A. Hey.**

Ein Keller

zu verm. Bäckerstraße 280.

Eine herrschaftliche Wohnung,
Koppernikusstr. 171, 3. Etage ist v. 1. April d. J. zu verm. **W. Zielke.**

Eine Parterre-Wohnung und ein Lagerkeller

zu vermiethen. **Rudolf Asch.**

Eine Wohnung 2 Zimmer u. Küche Culmerstr. 343, 1 Tr.

Der Geschäftskeller, Altstädt. Markt 436, ist von sogleich zu vermiethen.

Bel-Etage, 5 Zimmer, Kabinet, Entree und Zubehör (renov.) von sogleich oder 1. April zu verm. Auf Wunsch Pferdestall und Burschengelaß. Altthornerstraße 233.

Herrschaftliche Wohnung (parterre), 4 Zimmer, Entree und Zubehör, vom 1. April zu verm. Auf Wunsch Pferdestall und Burschengelaß. **Ollmann.**

Parterre-Wohnung zu vermiethen, auch zum Comtoir, Annenstraße 181.

Seine elegante herrschaftliche Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern nebst Zubehör und in der ersten Etage gelegen, ist zum 1 April cr. zu vermiethen. Ebendaselbst ist zum 1. April cr. 1 Wohnung, aus 2 Zimmern bestehend, zu vermiethen. Näh zu erfragen bei **Herm. Thomas,** Honigkuchenfabrikant, Neustadt Nr. 234.

Seglerstraße 105

ist die von mir bewohnte

2. Etage

vom 1. April 1887 ab zu vermiethen.

S. Weinbaum.

2 kl. Familienwohnungen mit allem Zubeh. zu vermieth. Bäckerstr. 212

Brückenstr. 17

ist die 1. Etage, best. aus 5 Zimmern nebst Zubehör, auf Wunsch auch Pferdestall, vom 1. April zu vermiethen. Zu erfr. 2 Trp.

Eine freundliche, kleine Hinterwohnung ist von sofort zu vermiethen Beitestr. 454 bei **A. Glückmann Kaliski.**

Eine freundl. Mittelwohnung zu vermieth. Copernikusstr. 168.

Ev. lutherische Kirche.

Freitag, den 28. Januar, Abends 6 Uhr:

Ulrich Zwingli.

Pastor **Rehm.**

Jedem Exemplar der heutigen Nummer unserer Zeitung liegt ein Flugblatt unter dem Titel: „Der Kampf um's Recht" bei, auf das wir unsere Leser ganz besonders aufmerksam machen.

Für die Redaction verantwortlich: Gustav Kaschade in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung (M. Schirmer) in Thorn.

Der Kampf ums Recht!

Leitartikel des „Berliner Tageblatt" vom 16. Januar 1887.

Als ein Werkzeug für den Kampf mit dem Auslande wurde die Militärvorlage im Reichstage eingebracht, und nun soll sie ein Werkzeug für den inneren Kampf werden, der durch die jetzt ausgeschriebenen Neuwahlen entfesselt wird. Das Reichsheer, das als Bollwerk und Wahrzeichen nationaler Einheit allen Deutschen heilig ist, soll in den Kampf der Parteien hineingezerrt, soll zur Wahlparole herabgewürdigt werden. Indem man seine Flagge aufzieht, hofft man das verdächtige Gut, mit dem das Schiff der Reaktion bepackt ist, sicher und siegreich durch die Brandungen der Wahlbewegung hindurchzusteuern. Man hofft die Aufmerksamkeit der Wähler abzulenken von der im Reiche eingetretenen finanziellen Kalamität, vom Fiasko der Steuerreform, vom Defizit, von den Monopolen und sonstigen dem Volke verhaßten Steuerplänen. Man hofft, die Angriffe zu verschleiern, die man gegen die verfassungsmäßige Stellung des Reichstags, gegen das allgemeine Wahlrecht und gegen den ganzen bescheidenen Bestand der dem deutschen Volke vergönnten Freiheiten im Schilde führt.

All das und noch viel mehr gedenkt man zu erreichen, indem man nicht etwa an das gesunde Nationalgefühl, sondern an einen krankhaft überreizten Chauvinismus appellirt, der sofort lostobt, wenn man ihm ein Fahnentuch vor die Augen hält, und der aus Mangel an äußeren Feinden seine Kampfeswuth an den angeblichen inneren Feinden zu kühlen sucht. Ist unser gutes deutsches Volk wirklich bereits so sehr von jener französischen Krankheit angesteckt, auf die es seither mit gerechtem Bedauern blickte und vor der unsere besten Männer, der deutsche Kronprinz voran, stets eindringlich gewarnt haben? Die gouvernementalen Wahlmacher scheinen es anzunehmen und ihren Feldzugsplan darauf zu bauen. Wir aber denken besser vom deutschen Volke, das den Fahnenschwenkern und Hurrahschreiern schon zeigen wird, wie eine reife Nation den Versuch zurückweist, ihr unter frivolen Vorwänden ihre Rechte und ihre Würde wegzueskamotiren.

Was gehört denn auch dazu, die wahren Gründe und Ziele dieses Wahlkampfes zu durchschauen, nachdem man uns deutlich genug herausgesagt hat, daß es dem Reichstag an Kopf und Kragen gehen soll? Dieser Reichstag, der die Getreide- und Holzzölle abermals in die Höhe geschraubt, die Gewerbeordnung immer mehr durchlöchert, das Sozialistengesetz verlängert und noch viele andere Proben guter Gesinnung abgelegt, auch er ist noch immer zu freisinnig, zu unabhängig; denn freilich, so weit vermochte er die Gefügigkeit doch nicht zu treiben, daß er auch das Branntweinmonopol hinunterschluckte. Anstatt nun aber den Reichstag wegen der Ablehnung jener Vorlage aufzulösen, wartete man, bis eine bequemere Parole sich darbieten würde, die man nun gefunden zu haben glaubt.

Die Militärvorlage ist die Kulisse, die das Monopol und die ganze übrige Bescheerung verdeckt. Aber sie ist doch gar zu dünn beschaffen, als daß nicht Jeder, der sehen will, durch sie hindurchschauen könnte. Der Kampf, in den wir eintreten, ist zu ernst, als daß nicht Jedermann an der vollen Klarheit und Wahrheit gelegen sein müßte. Und daß trotz aller offiziösen Verdunkelungen und Vertuschungen der Wahrheit ihr Recht werde, dafür wird vor Allem die unabhängige Presse nach Kräften sorgen. Fürst Bismarck giebt sich zwar manchmal den Anschein, als ob er von der Macht der Presse nicht viel halte. Diejenige Sorte von Journalistik, die er in seiner nächsten Nähe beobachten kann, ist freilich nicht geeignet, ihm besonderen Respekt einzuflößen, und den unabhängigen Preßstimmen des In- und Auslandes, die sich gegen ihn äußern, kann er natürlich keinen Geschmack abgewinnen. Um so mehr legt er auf solche Gewicht, die sein Lob verkünden. Das sind dann klassische Zeugnisse, und mögen sie selbst aus Utah und noch weiter herbeigeholt sein. Und die Opfer, die für diesen Zweck aus dem Reptilienfonds gebracht werden, die Speisung einer Unzahl von Kreisblättern mit gutgesinnten Artikeln, die dann, indem sie sich als unabhängige Stimmen ausgeben, nach Berlin und in die Regierungspresse zurückströmen — beweist das nicht Alles, daß man sich denn doch genöthigt sieht, der öffentlichen Meinung wenigstens einen scheinbaren Tribut zu zollen?

Sollte Fürst Bismarck aber noch darüber im Zweifel sein, daß die Presse eine Macht ist, so wird ihm im jetzigen Wahlkampfe ein helles Licht darüber aufgesteckt werden. Denn die Presse ist es, die jetzt für die Volksrechte in die Bresche zu treten hat, nachdem man den Reichstag den Mund verschlossen. Sie wird dieses Amtes treu und unerschrocken walten, wie sehr man auch bestrebt sein mag, ihr den schmalen Pfad, den Gesetze und Gerichte ihr anweisen, noch mehr zu verengen und zu erschweren. Schulter an Schulter mit den Führern wird sie den Kämpfern voranschreiten und die Waffen schmieden helfen, bis der Tag der Entscheidung naht. Dann freilich kommt das Schwerste und Wichtigste; denn die Waffen zu gebrauchen und die entscheidenden Schläge zu führen, wird Sache der Wähler sein. Sie allein tragen mit der Stimme, die sie in die Urne legen, das Schicksal des Vaterlandes in der Hand.

Man sagt uns zwar, daß die Regierung ihren Willen doch durchsetzen werde, wie die Wahlen auch ausfallen mögen. Allein durch solche Drohung wird sich kein Mann beirren lassen, der das Herz auf dem rechten Fleck hat. Der tapfere Mann thut eben unter allen Umständen seine Pflicht, und das Uebrige wird sich finden. Fürst Bismarck ist ja auch gar nicht so harthörig gegen die Stimme des Volkes, wenn sie ihm nur mit der nöthigen Energie und Festigkeit gegenübertritt. Auch im Beginne des Kulturkampfes sind gegen Rom und das Centrum sehr große und stolze Worte gefallen, und wie schnell sind sie dann in Vergessenheit gerathen! Wie kleinlaut hat man den Weg nach Kanossa eingeschlagen, den man nie zu betreten gelobt hatte! Wie nachgiebig hat man eine Position nach der anderen geräumt, bis man jetzt endlich vor der vollständigen Kapitulation angelangt ist! Das neue Kirchengesetz, das die Thronrede soeben für den preußischen Landtag ankündigt, und das wohl den taktischen Zweck verfolgt, die Stellung der Regierung im Wahlkampfe zu stärken, sollte uns vielmehr als ein ermunterndes Zeichen gelten. Es beweist aufs Neue, daß auch ein Fürst Bismarck nicht unüberwindlich ist, daß auch der Starke muthig einen Schritt zurückweicht, wenn er sich einem entschlossenen Willen gegenübersieht.

Und was dem Centrum im Kampfe für eine zweifelhafte Sache, für eine zum Theil überwundene Weltanschauung gelungen ist, das sollte dem freien Bürgerthum nicht gelingen, wenn es für sein gutes Recht den Streit aufnimmt? Denn ein Kampf ums Recht ist es, den man uns aufgedrängt hat. Darüber täusche sich doch Niemand, daß, wenn die Wahlen zu Gunsten der Reaktion ausfallen, das allgemeine Wahlrecht als erstes Opfer dahinsinken wird. Daß die Regierung und die Konservativen diesem Grundrecht des deutschen Volkes je eher je lieber ein Ende machen wollen, wissen wir, und die Nationalliberalen werden sich eine Ehre daraus machen, als Todtengräber zu fungiren. Bedroht ist, wie wir gleichfalls wissen, das Budgetrecht des Reichstags, seine alljährliche Einberufung und Etatsberathung, seine Existenz selbst; denn er soll durch eine ständisch gegliederte Interessenvertretung ersetzt werden, wie sie schon längst dem Reichskanzler und den Konservativen als Ideal vorschwebt. Bedroht ist die Redefreiheit der Abgeordneten, die Preßfreiheit oder das, was man bei uns so nennt, kurz Alles, was Freiheit gewährt und verbürgt, ist in Frage gestellt und gefährdet, wenn erst der Grundpfeiler des allgemeinen Wahlrechts niedergelegt ist.

Aber noch steht der Pfeiler aufrecht. Noch ragt über uns das Palladium der Verfassung, an dem man sich nicht zu vergreifen wagt, so lange das Volk es nicht selbst preisgegeben hat. In den bevorstehenden Wahlen, so hofft man, soll es diese Preisgebung aussprechen. Das allgemeine Wahlrecht soll selbst dazu dienen, das allgemeine Wahlrecht zu vernichten. Das Volk soll selbst seine Abdankungsurkunde unterschreiben. Es soll sich für unmündig erklären, für unwürdig seiner Rechte und Freiheiten, für unfähig, sich durch eine Volksvertretung nach seinem Willen an der Leitung seiner Geschicke zu betheiligen. Wenn das deutsche Volk das thäte, dann würde es sich freilich ein Zeugniß der Reife ausstellen — der Reife für die Diktatur, jener Reife, die das französische Volk zweimal in furchtbare Katastrophen gestürzt hat.

Wir aber sind Deutsche und wollen es bleiben; wir haben durchaus nicht das Verlangen, französischen Zuständen entgegenzutreiben. In Treue zu Kaiser und Reich, in Liebe zu unserem Vaterlande, in unwandelbarem Vertrauen auf die Entwickelungsfähigkeit unserer nationalen Einrichtungen wollen wir nur das kleine Maß von Rechten uns wahren, das uns verfassungsmäßig verbrieft ist und ohne welches ein gebildetes und freies Volk nicht zu athmen vermag. In Frieden wollen wir uns den friedlichen Aufgaben weihen, die dem deutschen Volke gestellt sind und von denen die Offiziösen uns durch Säbelgerassel und Konfliktsgebrüll abzuziehen suchen. Der ewigen Unruhe, in die man uns durch immer neue, plötzlich wechselnde grundstürzende Pläne versetzt, sind wir müde. Wir sehnen uns nach einer ruhigen, stetigen und geordneten Entwickelung, nach einem frohen und gedeihlichen Zusammenwirken von Krone und Volk, von Regierung und Parlament.

Zur Erfüllung dieser Sehnsucht, die immer tiefer alle Kreise unserer Nation durchdringt, können wir aber nicht gelangen ohne den schweren Kampf, den wir jetzt durchzukämpfen haben. Durch Kampf zum Sieg, durch Sieg zum Frieden! Um solchen Preis zu ringen, verlohnt es schon der Mühe. Wohlan denn, frisch hinein in den Kampf ums Recht, und nicht eher wieder heraus, bis wir das leuchtende Ziel erreicht haben!

Was der Wähler vor und bei der Reichstagswahl zu thun hat.

A. d. Wahlflugblatt d. „Deutschen Reichs-Blatt" v. 22. Jan. 1887.

Die Neuwahlen zum Reichstag sind auf **den 21. Februar** ausgeschrieben. Der neue Reichstag wird nicht blos über die Militärfrage zu beschließen haben, sondern er wird ebenso, wie jeder andere Reichstag, **drei Jahre hindurch alle der Volksvertretung obliegenden Pflichten zu erfüllen** haben. Ohne Zweifel wird er auch mit **Zoll- und Steuerfragen** befaßt werden, und wenn er eine dafür günstige Mehrheit aufweist, werden Vorlagen über das Branntwein- und Tabaksmonopol nicht fehlen.

Ebenso liegt es nahe, daß man in solchem Falle auch die früheren, gegen wichtige Verfassungsbestimmungen und namentlich gegen das Wahlrecht gerichteten Pläne wieder aufnehmen wird. Es ist darum von der höchsten Bedeutung, daß der Reichstag eine Zusammensetzung erhält, welche das Zustandekommen solcher Dinge verhindert.

Die Freunde von Tabaks- und Branntweinmonopolen, die Gegner der Volksfreiheiten werden sich aber nach Kräften bemühen, die Wahlen in ihrem Sinne zu beeinflussen. An Mitteln dazu fehlt es ihnen nicht. Sie sind im Besitze der Macht und nicht blöde darin, dieselbe auszunutzen.

Manche Wähler sind über die geltenden Bestimmungen nicht genügend unterrichtet und versäumen deshalb, ihr Recht geltend zu machen, oder lassen sich beeinflussen, in der Meinung, daß sie verpflichtet seien, den Willen desjenigen zu thun, der auf sie einzuwirken versucht.

Wir geben deshalb nachstehend eine Darstellung dieser Bestimmungen.

Die Verfassung bestimmt in Artikel 20:

„Der Reichstag geht aus **allgemeinen und direkten Wahlen** mit **geheimer** Abstimmung hervor."

Nach dem Wahlgesetze ist Wähler für den Reichstag jeder Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat. Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine dürfen so lange nicht wählen, als sie sich bei der Fahne befinden. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, Personen, welche Bankerott gemacht haben, so lange das Konkursverfahren dauert, Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben, Personen, welchen die staatsbürgerlichen Rechte entzogen sind, für die Zeit, daß diese Entziehung dauert.

Die Wahlen finden auf Grund von Verzeichnissen der Wähler statt. Die Verzeichnisse müssen vier Wochen vor der Wahl ausgelegt werden, und nur diejenigen, welche in diese Listen eingetragen sind, werden zur Wahl zugelassen. Wer wahlberechtigt, aber nicht in die Listen eingetragen ist, **muß seine nachträgliche Eintragung bewirken. Dies muß er aber thun, während der ersten acht Tage, nachdem die Listen ausgelegt sind.** Die Auslegung wird bei der diesjährigen Wahl **am 24. Januar** beginnen, **die Frist läuft also am 31. Januar ab.**

Die Einsprache ist bei der Behörde anzubringen, welche die Bekanntmachung über die Auslegung der Listen erlassen hat, also beim **Gemeindevorstand,** und wenn derselbe für die Wahl eine Kommission oder Kommissare eingesetzt hat, bei diesen.

Kein Wähler darf dieses Mal versäumen, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in der Liste steht; denn die Aufstellung derselben hat so beeilt werden müssen, daß wahrscheinlich sich eine große Anzahl von Fehlern darin befindet. Namentlich haben diejenigen, welche seit **dem Jahre 1884 ihren Wohnsitz verändert haben,** sich zu überzeugen, ob sie an ihrem neuen Wohnsitze in die Listen eingetragen sind.

Die Wahlen sind **frei. Niemand** ist verpflichtet, anders zu wählen, als nach seiner eigenen freien Ueberzeugung. Deshalb soll die Wahl auch eine **geheime** sein, d. h. Niemand soll wissen, wie ein anderer gewählt hat. Die Wahl erfolgt deshalb durch Abgabe verschlossener Stimmzettel.

Niemand ist berechtigt, von einem anderen zu verlangen, daß er anders wählt, als so, wie er selbst es für gut hält. Jeder Wähler muß sich selbst ein Urtheil darüber bilden, wie er zu wählen hat. Dies ist nicht blos sein Recht, sondern seine **heiligste Pflicht,** denn von seiner Wahl hängt es mit ab, **wie** das deutsche Volk im Reichstage vertreten ist, und **wie** die Gesetze, welche ohne Zustimmung des Reichstages nicht erlassen werden können, beschaffen sein werden.

Mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder Festungshaft bis zu fünf Jahren wird derjenige bestraft, welcher einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen.

Mit Gefängniß von einem Monat bis zu zwei Jahren und unter Umständen mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte wird Derjenige bestraft, welcher eine Wahlstimme kauft oder verkauft.

Niemand braucht sich einem Vorgesetzten oder einem Arbeitgeber zu fügen, wenn dieser von ihm fordert, daß er anders als seiner Ueberzeugung gemäß stimme, und Derjenige, welcher von der Macht, die er über Andere besitzt, zu solchem Zwecke Gebrauch macht, handelt nicht ehrenhaft.

Auch die **Beamten** sind ebenso **frei** in ihrer Abstimmung wie jeder andere. In dem Erlasse des Kaisers und Königs vom 4. Januar 1882 über die Wahlen heißt es ausdrücklich: „Mir liegt es fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen", und der Fürst Bismarck hat in seiner Rede am 24. Januar im Reichstage ausdrücklich ausgesprochen, daß die Ausübung des Wahlrechts der Beamten vollkommen frei ist. Der Beamte braucht sich deshalb keinerlei Befehlen seiner Vorgesetzten bezüglich seiner Wahl zu fügen. Er ist namentlich nicht verpflichtet, einen anderen Wahlzettel abzugeben, als einen solchen, welcher seiner eigenen Ueberzeugung entspricht. Er braucht sich **keinerlei Kontrole** bei der Wahl zu unterwerfen und **keinerlei Rechenschaft darüber abzugeben, wie er gewählt hat.**

Ebensowenig ist ein Arbeitgeber berechtigt, von seinen Arbeitern zu verlangen, daß sie so wählen, wie er es für Recht hält. Es könnte freilich wieder, wie es bei früheren Wahlen vielfach geschehen ist, versucht werden, eine Kontrole über die Wahl dadurch zu üben, daß Untergebenen und Arbeitern Stimmzettel gegeben werden, welche sich durch Größe, Farbe oder dergl. von anderen Stimmzetteln unterscheiden, so daß Aufpasser in den Wahllokalen im Stande sind, bei der Abgabe des Zettels zu sehen, ob es derselbe ist, welcher dem Wähler gegeben ist. **Dies ist unzuläßig.** Die Stimmzettel dürfen **keinerlei besonderes Kennzeichen tragen.** Niemand ist berechtigt von dem Wähler zu verlangen, daß er ihm den Stimmzettel vor der Abgabe zeigt, und der Wahlvorsteher, welchem der Wahlzettel übergeben wird, darf denselben nicht öffnen. Die Arbeiter brauchen sich auch nicht gefallen zu lassen, daß sie bei der Wahl von Arbeitgebern oder Aufsehern kontrolirt werden. An manchen Orten soll es vorgekommen sein, daß die Arbeiter nicht blos von Aufsehern nach dem Wahllokal geführt sind, sondern daß man auch von ihnen verlangt hat, den ihnen übergebenen Stimmzettel mit erhobenem Arm zu tragen, den sie nicht herunternehmen durften, bevor sie den Zettel an der Wahlurne abgaben, damit nicht heimlich eine Vertauschung des Zettels gegen einen anderen stattfinden konnte. Solches Verfahren ist **unzuläßig;** Niemand braucht sich dem zu fügen, und derjenige, welcher sie anwendet, handelt nicht, wie es einem ehrenhaften Manne geziemt.

Jeder Wähler, der in einem abhängigen Verhältnisse steht, hat auch das Recht zu verlangen, daß **ihm an dem Wahltage Zeit gelassen werde, sein Wahlrecht auszuüben.** Dazu bedarf es übrigens nur geringer Zeit; denn er hat nichts weiter zu thun, als in der Zeit von 10 Uhr Vormittags bis 6 Uhr Nachmittags nach dem Wahllokal hinzugehen, dort an die Urne zu treten und, nachdem er seinen Namen angegeben hat, den Zettel an den Wahlvorsteher abzugeben. Wenn das Wahllokal nicht zu entfernt ist, so kann dieses Geschäft recht wohl in einer Mittagspause besorgt werden. Jeder muß aber selbst zur Wahlurne gehen, und es ist nicht zuläßig, daß irgend ein Anderer den Zettel für ihn hinträgt.

Vor Allem sehe jeder Wähler in der Zeit vom 24. Januar bis zum 31. Januar nach, ob er in der Liste steht!

Partei-Freunde, welche die Verbreitung dieses Flugblattes in weitere Volkskreise im Interesse des Freisinns übernehmen wollen, erhalten eine beliebige Anzahl desselben unentgeltlich durch die Buchdruckerei des „Berliner Tageblatt" (Rudolf Mosse), Berlin SW.

Weshalb ist der Reichstag aufgelöst?

Aus dem Wahlflugblatt des „Deutschen Reichs-Blatt“ vom 22. Januar 1887.

Solch ein unberechtigtes Geschrei und Gezeter über die Mehrheit des von dem deutschen Volke gewählten Reichstags haben wir wohl kaum erlebt, wie in diesen Tagen. Indeß wer da glaubt, aus konservativen und sogenannten „nationalen“ Blättern darüber das Rechte zu erfahren, der irrt sich.

Aber die Stimme der Wahrheit wird und muß sich doch Bahn brechen durch all dieses wüste Geschrei! Dieses kleine Blatt, dem deutschen Wähler gewidmet, soll ihm schlicht und einfach die Thatsachen, wie sie sich zugetragen haben, schildern. **Wer hören will, der höre!**

„Wehrlos?“

Wehrlos soll die Mehrheit des Reichstages das Vaterland gemacht haben? Daß dies geschehen, rufen die Gegner in alle Weltgegenden hinaus, und sie wollen, daß das Volk ihnen das aufs Wort glauben solle. In einem Extrablatt eines Provinzial-Wochenblattes steht in fetter Schrift folgendes Telegramm: „Der Reichstag lehnte die Militärvorlage ab. Der Reichstag wurde aufgelöst.“ Dieses Telegramm ist **vollständig unwahr und nur erfunden, um gläubige Gemüther in den Provinzen irre zu führen und zu fangen.**

Der Reichstag hat am 14 Januar in seiner Mehrheit **die ganze von der Regierung geforderte Erhöhung der Friedensstärke um 41000 Mann für 3 Jahre bewilligt**, und als er eben daran gehen wollte, auch die von der Regierung verlangten **neuen 34 Bataillone und 24 Batterien für die Dauer zu bewilligen**, da wurde er durch die Auflösung an der Weiterberathung der Militärvorlage gehindert. Es ist eine dreiste Entstellung der Thatsachen, wenn die Gegner sagen: Der Reichstag habe die Militärvorlage abgelehnt und das Vaterland wehrlos gemacht.

Auch die in früheren Zeiten fortschrittliche „National-Zeitung“, die noch im Jahre 1884 der Bildung der freisinnigen Partei zustimmte, jetzt aber an Gehässigkeit gegen die Freisinnigen Alles überbietet, entblödet sich nicht, es für „unwahr“ zu erklären, daß eine Mehrheit Alles auf 3 Jahre bewilligt hätte; denn in der dritten Lesung des Gesetzes — so meint das edle Blatt — wäre durch Polen, Welfen und Sozialdemokraten Alles zu Fall gebracht worden.

Wirklich? Was in dritter Lesung geschehen wäre, darüber sind die Meinungen sehr verschieden. Die „National-Zeitung“ scheint darüber **gar nichts** zu wissen. Die strengkonservative „Kreuz-Zeitung“ erklärte vor wenigen Tagen gegen die Auflösung während der zweiten Lesung der Militärvorlage, „weil sie die Hoffnung auf die Annahme des Septennats, d. i. also Bewilligung der ganzen Regierungsforderung auf 7 Jahre nicht ganz aufgeben möchte.“ Sie war also **ganz anderer Meinung als die ihr jetzt wahlverwandte „National-Zeitung“.**

Weshalb hat denn die Regierung nicht 2 bis 3 Tage bis zur Erledigung der dritten Lesung gewartet? Weshalb hat sie den Reichstag durch die Auflösung während der zweiten Lesung daran gehindert, einen endgiltigen Beschluß zu fassen, wie ihn die auf Grund der Verfassung erlassene Geschäftsordnung vorschreibt?

Es ist eine Thatsache, und diese Thatsache kann die ganze reaktionäre Gesellschaft, wenn sie sich noch so sehr verbrüdert, nicht aus der Welt schaffen:

Der Reichstag hat am 14. Januar mit 183 gegen 154 Stimmen die volle von der Regierung geforderte Erhöhung der Friedensstärke des Heeres um 41000 Mann für 3 Jahre bedingungslos bewilligt.

Hätten die Konservativen und Nationalliberalen diesem Beschlusse zugestimmt, so hätte **fast der ganze Reichstag einmüthig jeden Mann und jeden Groschen der Regierung zur Verfügung gestellt, und das hätte im Auslande**, von dem man jetzt immer soviel spricht, **besser gewirkt, als die Auflösung des Reichstags.**

Die Erhöhung an Mannschaft und Geld

welche die Regierung verlangte, war die größte, welche bis jetzt jemals gefordert ist. Als sie bekannt wurde, waren auch konservative und nationalliberale Blätter von der Forderung überrascht und sie meinten, man würde sich mit der Regierung über eine Ermäßigung verständigen können. 34 Bataillone, 24 Batterien, 41000 Mann und 23 Millionen Mark im laufenden Militäretat **jährlich mehr** — das ist doch wahrlich keine Kleinigkeit bei den heutigen schlechten Zeiten, unter denen besonders der kleine Mann leidet. Es war Pflicht der Volksvertretung, zu prüfen, ob nicht irgendwo wenigstens eine kleine Erleichterung von der Regierung dagegen gewährt werden könne, namentlich durch eine geringe Herabsetzung der Dienstzeit, ohne daß dadurch die Tüchtigkeit des Heeres irgendwie geschädigt würde.

Eine solche Verkürzung der Dienstzeit wünscht die **große Mehrheit des Volkes seit lange**, und daß dieser Wunsch berechtigt ist, das haben auch konservative und nationalliberale Blätter zugegeben, sogar das konservative militärische Fachblatt, die „Deutsche Heereszeitung.“

Aber als die Vertreter der Mehrheit in der Kommission darüber und über den Inhalt der Vorlage mit der Regierung verhandelten, da ging bei den Konservativen und Nationalliberalen das Gezeter über die „Verschleppung“ der Vorlage los. Wozu denn so lange prüfen? — sagte man. Wenn **Bismarck und Moltke** das verlangen, wird's schon richtig sein, dann muß **es** auch genau so bewilligt werden, wie sie es wollen. Allen Respekt **vor Moltke** und **Bismarck!** Aber die Abgeordneten des Volkes sind doch nun einmal nach der Verfassung dazu da, daß sie auch in Militärfragen, welche am meisten Geld kosten, die Meinung des Volkes zur Geltung bringen. Manche Leute aber thun gerade so, als wenn unsere Abgeordneten nichts weiter zu thun hätten, als neue Steuern zu beschließen. Wäre dem so, dann könnten wir uns das Wählen besser sparen.

Die Gegner der Reichstagsmehrheit reden so viel davon, daß das Ausland: die Franzosen, die Oesterreicher, die Italiener u. s. w. das, was das Heer dort braucht, viel schneller und leichter bewilligen. Das ist nicht wahr. Das neue französische Militärgesetz des General Boulanger wird in dem französischen Parlament schon seit sechs Monaten berathen, und es ist noch nichts fertig gestellt. Deutschland ist mit der Neubewaffnung der Armee so ziemlich fertig, es ist allen anderen Staaten voran. Der Reichstag hat schon seit Jahren die erforderlichen Mittel dazu ganz geräuschlos bewilligt.

Und das that dieser viel geschmähte, **vor dem Inlande und Auslande herabgesetzte Reichstag!**

Hat er denn nicht auch bisher Alles bewilligt, was für die Kriegsstärke und Schlagfertigkeit unseres Heeres, das ein von der ganzen Nation getragenes und hochgehaltenes Volksheer im wahren Sinne des Wortes sein und bleiben soll, nothwendig ist? Seit verhältnißmäßig wenigen Jahren hat er allein für die laufenden Ausgaben des Heeres 50 Millionen Mark mehr gewährt und gleichzeitig für die Marine mehr als je zuvor!

Und was hat er jetzt gethan? Trotz schwerer Bedenken gegen die bedeutende Steigerung der Last, trotz der berechtigten Wünsche des Volkes auf Abkürzung der Dienstzeit hat er, als die Regierung sich zu keinem Zugeständniß bewegen ließ, so viel Selbstverleugnung gehabt, daß er schließlich alle neuen Bataillone für die Dauer und die ganze erhöhte Friedensstärke auf drei Jahre zu bewilligen bereit war. Er hat nichts Anderes verlangt, als daß der nächste Reichstag nach drei Jahren wieder prüfen sollte, ob dann die europäischen Verhältnisse es gestatten würden, daß an irgend einem Punkte eine kleine Erleichterung eintreten könnte.

Würde sich dann bei der Prüfung herausstellen, daß eine solche Erleichterung nicht möglich wäre, dann würde der Reichstag selbstverständlich ebenso, wie der jetzige, bereit sein, das Nöthige zu gewähren. Eine solche Prüfung aber dem Reichstage vorzubehalten, war um so mehr nöthig, als man jetzt noch gar nicht weiß, wie die 23 bis 30 Millionen, welche die neue Militärvorlage jährlich kostet, gedeckt werden sollen.

Aber selbst in dem Punkte der Zeitdauer will die Regierung nicht das Geringste von ihrem Vorschlag ablassen, sie verlangt die erhöhte Friedensstärke für die Dauer von 7 Jahren, und nur wegen dieser Frage ist die Militärvorlage vor die Wähler gebracht.

Daß gerade deswegen ein Streit entbrennen würde, hatte bis vor wenigen Wochen wohl Niemand erwartet.

Fast überall, auch in der streng konservativen Presse, wurde das als eine mehr oder weniger gleichgiltige Sache angesehen, um welche sich weder die Regierung noch die Wähler besonders erhitzen würden. Allen denen, die sich jetzt so geberden, als ob die ganze Zukunft des Reichs davon abhänge, daß die Friedenspräsenzstärke für 7 Jahre festgestellt werde, wollen wir einmal folgende Aussprüche konservativer und nationalliberaler Blätter in Erinnerung bringen:

Das offizielle Organ der deutschkonservativen Partei, die „Konservative Korrespondenz“, schrieb am 20. November, „sie vermöge schlechterdings nicht einzusehen, welchen prinzipiellen oder selbst auch nur erheblichen praktischen Unterschied es macht, ob die Regierung alle drei oder alle sieben Jahre mit dem Parlament über unsere Heereseinrichtungen zu feilschen genöthigt ist.“ Und weiter bemerkte die „Konservative Korrespondenz“: „Man glaubt hier anscheinend eine aussichtsvolle Wahlkampagne auf die Frage der Erneuerung des Septennats gründen zu können. Um eine solche reine Zweckmäßigkeitsfrage — denn das ist der Streit um einen dreijährigen oder fünfjährigen oder siebenjährigen Turnus — **wird sich aber nach unserer innersten Ueberzeugung auch nicht ein Finger im Volke rühren oder irgendwo ein Pulsschlag in ein schnelleres Tempo gerathen.**“

Die „Kreuzzeitung“ — das Organ der äußersten rechten Seite der Konservativen erklärte sich für dauernde Bewilligung der Friedensstärke. Eine bestimmte Zahl von Jahren zu nehmen, sei unzweckmäßig, denn es sei **„unmöglich, irgend jemand für die Frage zu begeistern, ob die Heeresstärke auf sieben Jahre festgesetzt werde, oder nur auf drei.“**

Weit entfernt, die Annahme der Vorlage zu verlangen, forderte die ganz ins Regierungslager übergegangene „Kölnische Zeitung“ am 29. November den Reichstag auf, sich mit der Regierung „über das knappste Maß des Nothwendigen, nach Höhe und Dauer, ohne viel Aufhebens in der Oeffentlichkeit zu machen, also zweckmäßiger Weise in der Kommissionsberathung zu verständigen“, damit „dann das unumgänglich Nothwendige mit eindrucksvoller Mehrheit bewilligt werde.“ Am 24. November hatte dasselbe Organ geschrieben: „Wenn die Gegnerschaft gegen die Armeeforderungen sich nicht auf die Heeresziffer bezieht, sondern auf die siebenjährige Bewilligungszeit beschränkt, **hier droht keine ernste Gefahr.**“

Die nationalliberale „Magdeburger Ztg.“ schrieb: „Ob für sieben oder, wie neuerdings von konservativer Seite empfohlen wurde, für fünf Jahre, oder, wie die Deutschfreisinnigen empfehlen, für drei Jahre der Heeresetat bewilligt wird, **berührt die Sicherheit des Reiches ebenso wenig, wie der Umstand, daß andere Etats jährlich bewilligt werden, die Stetigkeit der Verwaltung in Frage stellt.**“

Auch der strengkonservative, Herrn Stöcker nahestehende „Reichsbote“ schrieb:

„Diese Festsetzungen der Stärke der Armee auf bestimmte Zeit haben gar keinen Nutzen, weder für das steuerzahlende Volk, noch für die Armee, denn die Armee wird deshalb um keinen Pfennig billiger, wohl aber ist sie als fortdauerndes demokratisches Agitationsmittel von höchster Bedenklichkeit. Da wäre es vielleicht noch besser, die Feststellung der Präsenzstärke bei jedem Jahresetat vorzunehmen; denn dann würde die Agitation eher ermüden und nicht mehr den Eindruck machen, als wenn sie alle sieben Jahre die Sache zu einer großen politischen Frage aufbauschen kann.“

Also selbst das Stöckersche Blatt hielt, ganz wie die Freisinnigen, die einjährige Bewilligung für besser, als die siebenjährige. Dabei würde sich auch die Militärverwaltung besser stehen, als jetzt.

„Ein fester Kompromiß“

soll die siebenjährige Bewilligung sein, an dem die Regierung festhalten muß — so sagen die Gegner.

Festhalten? Wenn die Regierung daran festhalten wollte, weshalb verlangt sie denn schon jetzt eine neue Feststellung, während doch das jetzige Septennat erst am 1. April 1888 abläuft?

Es wird eben nicht an den 7 Jahren festgehalten. Thatsächlich haben wir noch niemals ein Septennat gehabt. 1867 wurde die Friedensstärke auf 4, 1871 auf 3, 1874 auf 6¼ Jahre festgestellt und jetzt soll sie wieder schon nach 6 Jahren geändert werden.

1884 hat man uns gesagt, daß die Regierung damals ein großes Zugeständniß gemacht hätte, als sie auf die siebenjährige Bewilligung, das Septennat, statt der dauernden Bewilligung einging. Jetzt hat der Herr Reichskanzler erklärt, daß er auf eine Feststellung der Friedensstärke für die Dauer nie eingehen würde, weil dadurch das Recht des Kaisers eingeschränkt werde, eine Erhöhung der Friedensstärke zu verlangen. Würde denn aber durch die siebenjährige Bewilligung dieses Recht nicht auch mehr eingeschränkt als nöthig? Weshalb denn gerade 7 Jahre und nicht 3? „Bestehendes Staatsrecht“ ist das Septennat nicht. Nach der Verfassung soll die Friedensstärke im Wege der Gesetzgebung festgestellt werden, also ganz auf Grund freier Vereinbarung zwischen Bundesrath und Reichstag im Etatsgesetz oder in einem anderen Gesetz.

Die Sache soll nicht zu oft vor die Wähler kommen! — so sagen die Gegner; das giebt zu viel Aufregung. Nun, wer bringt denn die Sache jetzt vor die Wähler? Ist es der Reichstag oder die Regierung? Und hätte denn die Militärvorlage irgend welche Aufregung gegeben, wenn die Konservativen und die Nationalliberalen den Reichstag, dessen Kommission die Hauptsachen in wenigen Sitzungen erledigt hat, nicht in so ganz ungerechtfertigter Weise angegriffen hätten?

Am allerwunderbarsten ist aber die Parole, daß es sich um die Frage handelt:

kaiserliches Heer oder Parlamentsheer!

Schon im Reichstage hat zwei Tage vor der Auflösung der Herr Reichskanzler erklärt, daß die Auflösung nicht erfolge wegen der Zeitfrage, sondern wegen der Prinzipienfrage, „ob das deutsche Reich durch ein kaiserliches oder durch ein Parlamentsheer geschützt werden soll.“ Ein Parlamentsheer aber würde die deutsche Armee werden, wenn man die Friedensstärke von den wechselnden Majoritäten und den Beschlüssen des Parlaments abhängig machen wollte.

Diesen Ausspruch werden die deutschen Wähler gewiß mit großer Verwunderung gehört haben. Ist denn die deutsche Armee weniger von dem Parlament abhängig, wenn der Reichstag alle sieben Jahre über den Friedensstand beschließt? Was macht denn dies für einen prinzipiellen Unterschied, ob dreijähriges Parlamentsheer oder siebenjähriges Parlamentsheer? Das ist gewiß ganz gleich.

Aber noch mehr. So lange Preußen eine Verfassung hat, ist die Friedensstärke des Heeres alljährlich in dem Etat festgestellt! Wäre das richtig, was der Reichskanzler sagt, dann wären die Schlachten von 1864 und 1866 nicht durch ein königlich preußisches, sondern durch ein preußisches Parlamentsheer geschlagen. Wenn in Preußen die Friedensstärke jährlich im Etat festgestellt worden ist, sollte Deutschlands Sicherheit es nicht vertragen, wenn der Reichstag alle 3 Jahre dieselbe mit der Regierung vereinbart, zumal da die Organisation des Heeres und die Dienstzeit für die Dauer durch Gesetze festgestellt sind?

Noch mehr! Die kaiserliche Marine wird in ihrer ganzen Organisation und in ihrer ganzen Stärke in jedem Jahre durch den Etat festgestellt. Ist sie deshalb eine Parlamentsmarine? Hat nicht der Reichstag in jedem Jahre, ohne viel Geräusch davon zu machen, alles bewilligt, was die Marine braucht?

Und noch mehr. Die technischen Truppen, Pioniere, Train, Eisenbahnkompagnieen, ja auch der Generalstab, die Kadettenkorps u. s. w. werden alljährlich im Etat festgesetzt. Sind sie darum Parlamentstruppen und ist daraus jemals ein Schaden für das deutsche Volk erwachsen?

Ob man zu dem Volk das Vertrauen habe,

daß es nicht so thöricht sein werde, das zum Schutz des Vaterlandes nothwendige starke Heer zu schwächen, das ist die Frage, nichts anderes. Wenn man aber der Meinung ist, daß das Volk so verblendet sein könnte, daß es an den Grundfesten seiner eigenen Sicherheit rütteln wolle, dann darf man dem Volke auch nicht alle 7 Jahre die Entscheidung über die Friedensstärke in die Hand geben, dann muß man darnach streben, das Parlament überhaupt abzuschaffen. Glaubt man, daß die Volksvertretung thöricht und unpatriotisch ist, dann darf man ihr keines der wichtigen Rechte belassen, welche sie jetzt hat, dann ist die Frage nicht ob

„kaiserliches oder Parlamentsheer“

sondern ob

„eine deutsche Volksvertretung überhaupt.“

Wir verlangen, daß man einem mündigen Volk auch diejenigen Rechte nicht verschränke, welche jedes konstitutionell regierte Volk hat.

Es wäre ein verhängnißvoller Irrthum, wenn die deutschen Wähler nicht daran denken wollten, daß bei der bevorstehenden Reichstagswahl ganz andere Dinge auf dem Spiel stehen, als die Frage, ob die Friedensstärke des Heeres alle drei oder sieben Jahre festgestellt werden soll.

Der Herr Reichskanzler hat offen seinem Unmuth Ausdruck gegeben darüber, daß der bisherige Reichstag in den Steuerfragen der Regierung nicht zu Willen gewesen, obwohl seit 1879 gerade dieser Reichstag 175 Millionen neuer indirekter Steuern gegen unseren Willen bewilligt hat.

Die Thronrede, mit welcher der Reichstag am 25. November eröffnet wurde, hat die deutschen Wähler ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Regierungen, nach Ablehnung des Branntweinmonopols, vorläufig darauf verzichten würden, eine neue Steuervorlage zu machen, bis die Wähler ihre Willensmeinung zum Ausdruck gebracht haben. Auch die Eröffnungsrede des preußischen Landtages will das preußische Defizit von beinahe 30 Millionen Mark durch neue indirekte Reichs-Steuern decken, und sie verlangt von den deutschen Wählern, daß sie bei den Wahlen darauf hinwirken sollen, daß diese bewilligt werden.

Ob Branntweinmonopol, ob Tabakmonopol, ob ähnliche Steuern, welche einzelnen bevorzugten Klassen auf Kosten der großen Masse Vortheil zuwenden, das sind die Fragen, welche die Wähler am 21. Februar mit ihrer Stimme zu beantworten haben werden.

Unsere freisinnigen Abgeordneten haben im Reichstag unter Zustimmung weiter Kreise des deutschen Volkes das Verlangen gestellt, daß zur Deckung der höheren Militärlasten jetzt auch einmal die wohlhabenderen Klassen herangezogen werden möchten, da die seit 1879 eingeführten 175 Millionen Mark indirekter Steuern vorzugsweise die ärmeren Klassen treffen. Sie haben daher verlangt: die Einführung einer allgemeinen deutschen Reichseinkommensteuer und zwar von den Einkommen von über 6000 Mark ab nach einem steigenden Prozentsatze von ½ pCt. an. Gegen diesen Vorschlag haben die Gegner, wie das natürlich war, großen Lärm geschlagen. Ein konservatives schlesisches Blatt, das der preußische Finanzminister ausdrücklich gelobt hat, meint sogar, daß 500 bis 600 Millionen neuer Steuern aus dem Branntwein, aus dem Tabak und aus dem Bier auf der Straße liegen, man brauchte sich nur zu bücken, um sie aufzuheben.

Mit solchen ungeheuerlichen Plänen tragen sich unsere Gegner. Wir aber halten es für die Pflicht aller aufrichtig liberalen Männer, daß sie dafür sorgen, nur Abgeordnete zu wählen, welche im Interesse der Gerechtigkeit dafür eintreten, daß der Vorschlag der Reichseinkommensteuer nicht von der Tagesordnung verschwindet, bis er endlich in einem Gesetz verwirklicht ist.

Die Gegner verlangen, daß der Wille der Regierung in allen Punkten maaßgebend sein soll, im Interesse des inneren und äußeren Friedens.

Der äußere Frieden

ist nicht gefährdet, darüber sind wir vollständig beruhigt. Wäre die europäische Lage eine gefährdete, so würde die Regierung wahrlich nicht zu einer Auflösung des Reichstages geschritten sein. So schwarz man auch in konservativen Blättern die äußere Lage schilderte — schon während der Berathung der Militärvorlage ist es von Tag zu Tag friedlicher geworden und der Reichskanzler hat im Reichstag vollends alle Besorgnisse zerstreut. Bei einer Kriegsgefahr, die bevorsteht, wäre es auch erst recht gleichgiltig, ob die Friedensstärke auf 3 oder auf 7 Jahre festgestellt wird.

Diejenigen aber, die einen inneren Konflikt an die Wand malen, wenn nicht ein Reichstag nach den Wünschen des Reichskanzlers gewählt wird, übersehen, daß ein Konflikt ganz unmöglich ist, wenn der Reichstag, wie bisher, die ganze Forderung der Regierung auf drei Jahre bewilligt. Wie soll denn ein solcher Konflikt ins Werk gesetzt werden? Der Reichstag kann noch einmal aufgelöst werden — aber schon das wird die Regierung zu thun sicherlich Bedenken tragen, wenn sie inne wird, daß sie einem festen Willen des Volkes sich gegenübersieht. Was das Volk verlangt, ist wahrlich nichts Unbilliges. **Was dem preußischen Landtag seit der Verfassung ohne Weiteres zustand, wird man doch dem deutschen Reichstag, auf den die Mitwirkung in Militärfragen übergegangen ist, nicht vorenthalten können.**

Deutsche Wähler! Wir wenden uns an euch in einem für die Freiheit des Vaterlandes entscheidenden Augenblicke. Schon seit Monaten ist in der gegnerischen Presse auf eine Auflösung des Reichstages wegen der Militärvorlage hingearbeitet. Es wurde offen ausgesprochen, daß dies vielleicht die einzige Möglichkeit wäre, einen Reichstag nach dem Herzen der Konservativen zu schaffen. Dulden es die deutschen Wähler, daß unseren Gegnern der Wille geschehe, dann mögen sie sich nicht wundern, wenn auch alle die Pläne in dem Reichstage auftauchen, welche die wichtigsten Bestimmungen unserer Verfassung betreffen. Auch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, welches den Konservativen, darüber haben ihre Redner kein Hehl gemacht, ein Dorn im Auge ist.

„Die Nationalliberalen“

haben mit den Konservativen ein vollständiges Wahlbündniß geschlossen. Von Bennigsen bis Stöcker ist jetzt alles gegen die Vertreter der Mehrheit des Reichstages einig. Der Mahnruf einzelner nationalliberaler Blätter, man möge sich hüten, daß die Freiheiten des Volkes durch diesen erbitterten Wahlkampf gefährdet würden, ist vergeblich gewesen. Namentlich gegen die freisinnige Partei wird sich die ganze Macht der vereinigten Gegner wenden. In diesem schweren Kampfe treten die treuen Freunde der freisinnigen Sache — davon legen zahlreiche Kundgebungen aus den verschiedensten Theilen Deutschlands Zeugniß ab — muthig und unentwegt ein. Je größer die Zahl der Gegner, desto mehr werden sich die Reihen der bewährten Kämpfer schließen, desto enger werden sie an einander halten und in dem unverwüstlichen Glauben an die Zukunft der Sache der Freiheit in den Wahlkampf gehen für die Vertheidigung von Freiheit und Recht durch selbstständige unabhängige Volksvertreter, in Treue zu Kaiser und Reich.

Das „Deutsche Reichs-Blatt“ ist in der Postzeitungs-Preisliste pro 1887 unter Nr. 1601 eingetragen und kann bei jedem Postamt oder dem Postboten zum Preise von 50 Pf. und 15 Pf. für freie Zustellung in's Haus für das Vierteljahr abonnirt werden. — Bei Bestellung von mindestens 12 Exemplaren ab, unter einer Adresse, liefert die Expedition des „Deutschen Reichs-Blatt“, Berlin SW., Jerusalemerstrasse 48/49, zum Preise von 2 Pf. pro Nummer excl. Porto. Es kosten somit 12 Expl. 4 Mark 42 Pf., 25 Expl. 9 Mark 10 Pf. pro Quartal incl. Porto. Diese direkten Abonnements können jederzeit begonnen werden.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. H. Hornow in Berlin. — Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.